

Wöchentlich 55 Pf., monatlich 1.60 M., im Voraus zahlbar. Postbezug 4.25 M. einschließlich. Bestellgeld. Auslandsbezug monatlich 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags (außer Sonntagen und Feiertagen) und die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einzige politische Kampfbroschüre 50 Pfennig. „Kleinanzeigen“ des jetzigen Monats 25 Pfennig (gültig zum 1. d. Monats). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stängelzettel des ersten Monats 15 Pfennig. Jedes weitere Wort 10 Pfennig. Wer über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen (für Abonnenten) Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, monatlich, von 8/7, bis 12 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Druckverleger: Fockhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbescheidkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Große Kundgebung

zur Erinnerung an den Erlaß des Sozialistengesetzes 1878

Sonntag, den 21. Oktober 1928, 13 Uhr, im „Luftgarten“.

Aufmarschplan und Sammelplätze.

1. Kreis Mitte.

Aufmarschplatz 12 Uhr. Anklamer-, Adlerstraße, Pappelplatz, Berg-, Schröder-, Lied-, Borstg., Elssler-, Artillerie-, Dranienburger Straße, Ronbijouplatz, Friedrichsbrücke.

2. Kreis Tiergarten.

Kleiner Tiergarten 11 1/2 Uhr. Mit Roabit, Invaliden-, Heffliche, Hannoversche-, Friedrich-, Dranienburger Straße, Ronbijouplatz, Friedrichsbrücke.

3. Kreis Wedding.

Brunnenplatz 11 1/2 Uhr. Pankstraße, Kesselbedplatz, Gericht-, Garten-, Feld-, Adler-, Elssler-, Artillerie-, Dranienburger Straße, Ronbijouplatz, Kleine Präsidentenstraße.

4. Kreis Prenzlauer Berg.

Vor dem Bezirksamt Danziger Straße 11 1/2 Uhr. Prenzlauer Allee, Ede Danziger-, Bendingerstraße, Bülowplatz, Kaiser-Wilhelm-Straße.

5. Kreis Friedrichshain.

Rüstener Platz 12 Uhr. Paul-Singer-, Blumen-, Schilder-, Stralauer Straße, Wolfenmarkt, Am Kölnischen Fischmarkt, Breite Straße, Schloßplatz.

6. Kreis Kreuzberg.

Fonane-Promenade 12 Uhr. Gneisenau-, Mittenwalder-, Stragvogel-, Alexandrinen-, Dresdener-, Köp-, Breite Straße.

7. Kreis Charlottenburg.

Hausvogelplatz 12 Uhr. Oberwall-, Berderische Straße, Schloßfreiheit.

8. Kreis Spandau.

Absahrtellen: 63. Abt. Staaken: 10,24 Uhr ab Bahnhof Staaken. 59., 60., 61. Abt. ab 10,30 Uhr Bahnhof Spandau-West. 62. Abt. ab 10,40 Uhr Bahnhof Fürstendamm. Bis Putilg-Straße fahren. Um 11,30 Uhr gemeinsam Abmarsch mit dem Kreis Tiergarten vom Kleinen Tiergarten.

9. Kreis Wilmerdorf.

Hausvogelplatz 12 Uhr. Oberwall-, Berderische Straße, Schloßfreiheit.

10. Kreis Zehlendorf.

Am Bahnhof Großgörschenstraße 11 1/2 Uhr. Großgörschen-, Ranstein-, Jork-, Gneisenau-, Belle-Alliance-, Baruther-, Jossener-, Alte Jakob-, Reuenburger-, Linden-, Jerusalemer Straße, Hausvogelplatz, Oberwall-, Berderische Straße, Schloßplatz.

11. Kreis Schöneberg.

Am Bahnhof Großgörschenstraße 11 1/2 Uhr. Großgörschen-, Ranstein-, Jork-, Gneisenau-, Belle-Alliance-, Baruther-, Jossener-, Alte Jakob-, Reuenburger-, Linden-, Jerusalemer Straße, Hausvogelplatz, Oberwall-, Berderische Straße, Schloßplatz.

12. Kreis Steglitz.

Am Bahnhof Großgörschenstraße 11 1/2 Uhr. Großgörschen-, Ranstein-, Jork-, Gneisenau-, Belle-Alliance-, Baruther-, Jossener-, Alte Jakob-, Reuenburger-, Linden-, Jerusalemer Straße, Hausvogelplatz, Oberwall-, Berderische Straße, Schloßplatz.

13. Kreis Tempelhof.

Mariendorf: Chausseestraße Ecke Kurfürstenstraße, Mariendorfer Lichtspiele (Mallé). 12 Uhr. Chausseestraße (Mariendorf), Tempelhof, Berliner Straße bis Bahnhof Flughafen. Von dort Fahrt mit der Untergrundbahn bis Bahnhof Friedrichstadt. Aufstellen am Gendarmenmarkt, Französischer-, Berderische Straße.

14. Kreis Neukölln.

Reuterplatz 11 1/2 Uhr. Reuter-, Böttcher-, Friedel-, Grünauer-, Reichenberger-, Mariannen-, Beiser-, Bassier-, Prinzen-, Dresdener-, Neu Köp-, Breite Straße.

15. Kreis Treptow.

Görlitzer Bahnhof 11 1/2 Uhr. Dranien-, Dresdener-, Köp-, Breite Straße, Schloßplatz.

16. Kreis Köpenick.

Schlesischer Bahnhof, Radalstraße 12 Uhr. Radal-, Appen-, Lange-, Andreas-, Paul-Singer-, Blumen-, Schilder-, Stralauer-, Spanbauer-, Königstraße, Schloßplatz.

17. Kreis Lichtenberg.

Vor der Jugendbühne, Sonntagstraße, Spitze Berlin 11 Uhr. Sonntag-, Wühlisch-, Simon-Dach-, Romintener-, Polener Straße, Ostbahnhof, Küstriner Platz, Paul-Singer-, Blumen-, Schilder-, Stralauer Straße, Mühlenbamm, Breite Straße, Schloßfreiheit.

18. Kreis Weißenhof.

Berliner Allee Ecke Ledderstraße 11 1/2 Uhr. Breilswalder-, Neue König-, Jostg-, Bendinger-, Kaiser-Wilhelm-Straße.

19. Kreis Pankow.

Ecke Berliner und Bornholmer Straße 11 1/2 Uhr. Berliner Straße, Schönhauser Allee, Schönhauser Tor, Hante-, Kaiser-Wilhelm-Straße.

20. Kreis Reinickendorf.

Reinickendorf-Ost am Schäfersee, Residenzstraße 11 Uhr. Residenz-, Markt-, Reinickendorfer-, Müller-, Chaussee-, Friedrich-, Dranienburger Straße, Ronbijouplatz, Präsidentenstraße, Friedrichsbrücke.

Die Züge marschieren zur angegebenen Zeit von ihren Sammelplätzen ab. — Treffpunkt Luftgarten.

Kampf auf breiter Front

Riesenausperrungen in Sicht!
Von Fritz Naphtali.

Begner der modernen Arbeiterbewegung, die eine salbungsvolle Sprache lieben, und Betrachter, die glauben, in den Kämpfen des Tages die neutrale Weisheit repräsentieren zu können, werfen der Sozialdemokratie mit Vorliebe vor, daß sie das berechtigte Ringen der Massen um den sozialen Aufstieg durch das Predigen des Klassenkampfes vergifte. Wie wenig es sich bei der Lehre vom Klassenkampf um eine Verheerung durch böswärtige Politik handelt, wie sehr sich vielmehr die Tatsache des Klassenkampfes in den Vordergrund drängt, wenn man nur die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit unserer Zeit ohne Schleier und ohne Brille betrachtet — dies recht deutlich zu demonstrieren, übernehmen häufiger, als nötig wäre, Führer der deutschen Industrieunternehmen. Wir nehmen nicht an, daß diese Demonstrationen der industriellen Arbeitgeberschaft nur den Zweck verfolgen, den Klassenkampfgeist lebendig zu erhalten, um den manche Freunde der Arbeiterschaft unnötig besorgt sind, wenn die Aufgaben des Tages zur Erreichung von Kampfzielen auch den Weg von Koalitionen diktieren. Wir nehmen vielmehr an, daß die Demonstrationen der Arbeitgeberschaft sich ohne agitatorischen Neben Zweck aus ihren privatwirtschaftlichen Interessen ergeben, und daß sie gerade deshalb zeigen, daß der Klassenkampf ein Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaft und nicht eine Erfindung von Agitatoren ist.

Auf zwei Hauptgebieten der deutschen Industrie sehen wir in diesem Augenblick die Tendenz des Unternehmertums, ursprünglich kleinere, lokal begrenzte Kämpfe um Lohn- und Arbeitsbedingungen von sich aus auszudehnen zu großen Gruppenskämpfen, zu Kämpfen auf breiter Front, zu Kämpfen, in denen schließlich das Gegeneinanderstehen der Kräfte von Klasse zu Klasse deutlich sichtbar wird. In der Textilindustrie ist aus einem Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen Unfordbörntürungen im Münchener-Gladbacher Bezirk, der zunächst zu einer Aussperrung von 45 000 Arbeitern und Arbeiterinnen in diesem Bezirk führte, die Ankündigung einer Solidaritätsaussperrung der rheinisch-westfälischen Unternehmerverbände der Textilindustrie geworden, die am 27. Oktober 190 000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße setzen wollen. Aber auch diese Kampffront wäre den Textilunternehmern noch nicht breit genug. Eine Woche später soll die Gesamtaussperrung aller deutschen Textilarbeiter folgen, durch die mehr als eine Million Arbeiter und Arbeiterinnen in den Kampf hineingezogen werden sollen. Den Textilarbeitern von Mitteldeutschland, Schlesien oder Süddeutschland wird bei dieser Gelegenheit mit großer Klarheit ihre Klassenverbundenheit zu Gemüte geführt, denn sie sollen der Möglichkeit, ihre Arbeitskraft zu verwerten, rücksichtslos beraubt werden auf Grund eines örtlich fern von ihnen entstandenen Konfliktes und auf Grund der von der Unternehmerschaft bekundeten Auffassung, daß die örtlichen Verschiedenheiten zurückzutreten hätten gegenüber der Klassenolidarität, die den Kampf auf breiter Front erzwingt.

Nicht minder deutlich als die Aktionen der Textilindustrie sind die Pläne der Eisenindustrie. Die Schwerindustrie will sich ihren begründeten Ruf, an der Spitze derjenigen zu stehen, die den Kampf gegen Arbeiterforderungen auf breiter Front und mit größter Energie führen, offenbar von der Textilindustrie nicht streitig machen lassen. Sie hat deshalb in den Lohnverhandlungen, die der Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe mit den Gewerkschaften der Metallindustrie — den freien wie den christlichen — geführt hat, noch lange vor dem Ablauf des Tarifvertrages am 1. November die Vorbereitung für einen Kampf auf breiter Basis getroffen durch die Massenindignationen, die sie zum 1. November gegenüber der Arbeiterschaft ausgesprochen hat. Auch hier werden wieder einmal 200 000 bis 300 000 deutscher Arbeiter mit einem Schlag mit der Entziehung der Arbeitsmöglichkeit bedroht. Indem man gleichzeitig diese Riesenkämpfe auf verschiedenen Gebieten in der Industrie entfesselt, demonstriert man auch, daß es sich nicht nur um Gruppenangelegenheiten handelt, sondern um echte Klasseninteressen. Denn es wird ja offen ausgesprochen, daß es sich bei diesen Kämpfen nicht nur um die Einzelfragen handelt, sondern daß der Kampf um grundsätzliche Lohnforderungen der Gruppe wendet, auch gegen das Schlichtungswesen, gegen den Einfluß des Staates auf die Arbeitskämpfe richtet. Der Klassenkampf hat — die Herren Arbeitgeber demonstrieren es — nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Seite.

Von der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie sind wir ja die Taktik der Kriegserklärung auf breiter Front in Kämpfen um Lohn- und Arbeitsbedingungen schon einigermaßen gewöhnt. Man erinnert sich noch der herausfordernden Stillelegungsankündigung vom Dezember vorigen Jahres. Während man heute mit der These von der weichenden Konjunktur jeder Lohnherhöhung entgegentritt, kämpfte man damals nicht weniger erbittert gegen Besserungen der Arbeits-

Macdonald gegen Rheinbesetzung.

Für Schiedsprechung und Achtfundentag.

Genosse Ramsay Macdonald unterhielt sich gestern mit einem Mitglied der „Vorwärts“-Redaktion über wichtige Fragen der auswärtigen Politik. Der Führer der englischen Arbeiterpartei sagte:

„Die Gesamtsumme, die Deutschland an Reparationen zu zahlen hat, soll ohne Zögern festgesetzt werden. Alle aus der Zeit nach dem Weltkrieg stammenden Zahlen sollten bereinigt werden. Dabei ist zu beachten, daß die englische Arbeiterschaft einen schweren Kampf gegen niedrige Löhne und lange Arbeitszeit kämpft.“

Je tiefer die Löhne international sind, um so schwerer ist der Kampf gegen den Industrieschutzoll zu gewinnen.

Es ist die Politik der englischen Arbeiterpartei, sich dieser Schutzollpolitik zu widersetzen dadurch, daß sie sich mehr und mehr für die im Internationalen Arbeitsamt ausgearbeiteten Entwürfe einsetzt — namentlich für die 48-Stunden-Woche. Es würde für die englische Arbeiterschaft in ihrem Kampf um eine menschenwürdige Existenz eine bedeutende Hilfe bedeuten, wenn Deutschland recht bald das internationale Achtfundentagabkommen ratifizieren würde. Was die besetzten Gebiete anlangt, so könne

niemand, der nur eine Spur Achtung vor dem Gedanken der nationalen Freiheit habe, eine endlose Besetzung wünschen oder sie anders als mit äußerster Abneigung ansehen.

Die Besetzung war nur gedacht als Schutz gegen einen plötzlichen Ausbruch oder gegen die Vertragserfüllung gerichteten schlechten Willens Deutschlands. Seit langen, langen Monaten ist jeder Grund dafür verschwunden, daß auch nur ein

einzig fremder Soldat auf deutscher Erde weilt. „Meine Auffassung vom Versailler Vertrag ist, daß niemals die Pflicht bestanden hat, die Besetzung bis zur völligen Zahlung der deutschen Reparations-schuld aufrechtzuerhalten.“

Auf die Frage, ob es besondere Gefahrenpunkte in Europa gebe, erklärte Macdonald, es gäbe einige, die wir genau kennen, während andere im Dunkeln blieben. So sei es mit der Ukraine, wo Pläne zu bestehen scheinen, eine Bewegung von außen zu unterstützen, die darauf hinausläufe, aus der Ukraine einen tatsächlich, wenn auch nicht der Form nach, von anderen Mächten abhängigen Staat zu machen. Was den

Kriegsverichtsvertrag.

anlange, so erklärte Macdonald, ein ganz enthusiastischer Anhänger dieser Idee zu sein, nur müsse man dafür sorgen, daß daraus kein Aufschub ohne Fundament werde. Die Wirksamkeit dieses Vertrages hänge davon ab, ob Vorkehrungen für Schieds-sprechung und Schlichtung getroffen werden. Es sei für ihn selten etwas so interessant gewesen, als zu beobachten, wie alle Versuche, den Frieden zu befestigen, immer wieder zu dem Endgedanken des Genfer Protokolls zurückkehrten — was Locarno und die jetzt in Genf fertiggestellten Modellverträge beweisen. Es ist einer der hauptsächlichsten Gründe für das Scheitern der Genfer Abrüstungs-verhandlungen, daß viele an den Verhandlungen beteiligte Delegierten von deren Regierungen verhindert worden sind, das Genfer Protokoll mit seinem vollständigen Schlichtungsapparat zu sanktionieren.

Ramsay Macdonald muß bereits am Donnerstag wieder Berlin verlassen, um nach England zurückzukehren. Die Verpflichtungen, die er bereits früher hatte übernehmen müssen, haben ihn zu seinem lebhaften Bedauern diesmal gehindert, vor der Berliner Parteiorganisation zu sprechen.

bedingungen, obwohl die Konjunktur sich auf dem Höhepunkt befand. Es ist ja überhaupt eine eigene Sache mit den wirtschaftspolitischen Argumenten, die von den Vorführern des Unternehmertums in der Abwehr gegen Lohnforderungen geltend gemacht werden. Da schreibt zum Beispiel die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, daß der Kampf der Arbeitgeber gegen die Lohnforderungen ein Kampf um stabiles Preisniveau sei, das aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen das erste Gebot darstelle. Wir sind mit den Herren von der Eisenindustrie der Meinung, daß Preisstabilität für die Konjunkturerhaltung außerordentlich wichtig ist. Wir waren dieser Meinung sogar schon, als im Januar und im Mai die Herren von der Eisenindustrie ganz im Gegensatz zu ihrer theoretischen Auffassung von heute kräftige Preiserhöhungen durchgeführt haben, und wir werden die Forderung der Preisbegrenzung auch dann noch vertreten, wenn die Herren von der Eisenindustrie schon wieder darum bemüht sein werden, aus einer kleinen Lohnhöhung die Forderung einer großen Preiserhöhung zu ziehen. In der Tat sind nämlich alle Voraussetzungen für eine Lohnserhöhung ohne Preiserhöhung in der Eisenindustrie durch die überaus günstige Entwicklung der Eisenexportpreise im letzten Halbjahr, mit der man bei der vorangehenden Erhöhung der Inlandspreise durchaus nicht gerechnet hatte, gegeben. Aber selbstverständlich Lohnserhöhungen, die die Voraussetzung eines wirklichen sozialen Aufstiegs der Arbeiterschaft darstellen, bedeuten eine Einschränkung der Profitmöglichkeiten. Und um diese kämpft man mit allen Mitteln, und so mag auch die Verbreiterung des Kampfes durch die jetzt erfolgten Massenfindungen ebensosehr den Charakter eines Kampfes für neue Preiserhöhungen wie den Charakter eines Kampfes gegen die Lohnserhöhungen tragen. Ueber die Theorie vom Segen der stabilen Preise wird man gegebenenfalls in Zukunft ebenso wenig stolpern, wie sie in der Vergangenheit eine Ueberhöhung der Eisenpreise gehindert hat.

Dann das Konjunkturargument! Jetzt sagt man, es sei doch natürlich, daß Lohnserhöhungen nur in einer Zeit aufsteigender Konjunktur angebracht seien, und daß bei sinkender Konjunktur schon die Aufrechterhaltung der bisherigen Löhne ein schweres Opfer darstelle. Diese Argumentation würde ein anderes Gewicht haben, als ihr heute zukommt, wenn unter Gedächtnis nicht ein Jahr zurückreichen würde. Damals sagte man, daß der Aufstieg der Konjunktur zwar nicht zu leugnen sei, daß aber Lohnserhöhungen unbedingt vermieden werden müßten, weil sie der Konjunktur ein Ende bereiten würden. Also, wie immer die Konjunkturlage ist — daß man sie im Zeitpunkt der Lohnverhandlungen gerne schwärzer malt, als es der Wirklichkeit entspricht, versteht sich von selbst — auf jeden Fall muß sie dazu herhalten, zu zeigen, daß der Zeitpunkt für Lohnserhöhungen denkbar ungeeignet ist.

Daß die eisenverarbeitende Industrie, der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten an der Spitze, den Unternehmern der eisenhaltigen Industrie aus Klassen-solidarität beisteht, und während sie sich mit den Preiserhöhungen des letzten Jahres leicht abgefunden hat, jetzt jeder Lohnserhöhung das Gespenst einer Rückkehr zur Preisrechnung entgegenträgt, sei nur erwähnt, um das Bild von der breiten Klassenfront, die für die Arbeitskämpfe geschaffen wird, zu vervollständigen.

Schließlich noch ein Wort zu den zahlenmäßigen Argumenten über Selbstkosten, Erlöse und Preise. Eine ernsthafte Diskussion wird auf diesem Gebiet fast immer dadurch unmöglich, daß die Unternehmer im Zeitpunkt des Kampfes mit Zahlen operieren, für deren Richtigkeit sie nur an den Glauben der Außenstehenden appellieren können. Einer Publizität, die wirklich eine ständige Kontrolle derartigen Zahlenangaben gestalten würde, setzen sie sich mit aller Kraft entgegen. So wollen wir, ohne auf Einzelheiten an dieser Stelle einzugehen, nur betonen, daß es auf diesem Gebiete nicht die Sache der Arbeiterschaft ist, so stark im Glauben zu sein, wie es nötig wäre, um die Zahlen der Unternehmer ohne dauernde Kontrollmöglichkeit gläubig anzuerkennen.

Die Arbeiterschaft steht nicht vor der Frage, ob ihr der Kampf auf breiter Klassenfront lieb ist oder nicht. Die Arbeitgeber erzwingen die breite Front, und die Arbeiter haben diesem Zwang ihrerseits in erster Linie die Klassen-solidarität in dem entsprechenden Ausmaß entgegenzusetzen.

Die breite Kampffront hat aber noch eine weitere Folge. Ausperrungen, die einen gewissen Umfang überschreiten, werden allein durch die Massenhaftigkeit der Arbeitskräfte, die durch sie an der produktiven Betätigung gehindert werden, zwangsläufig zur öffentlichen Angelegenheit, zu einer Angelegenheit, in der der Staat sich nicht dauernd auf die Zuschauerrolle beschränken kann. Zu einer Angelegenheit, bei der der Widerspruch der Autokratie des privatwirtschaftlichen Unternehmertums zur politischen Demokratie grell beleuchtet wird und damit zu Lösungen hindrängt, die auch auf wirtschaftlichem Gebiete der Unternehmerrautokratie Grenzen setzen. Am Horizont dieses Kampffeldes um die Grenzziehung gegenüber der Autokratie von Kapitalmonarchen leuchtet aber deutlicher denn je das Ziel des Sozialismus: die Herrschaft über die Produktionsmittel gehört dem Volk!

Milderung der Rundfunkzensur!

Eine Verfügung des preussischen Ministerpräsidenten.

Der preussische Ministerpräsident Dr. Brauns führt in einem an die preussischen Vertreter in den politischen Ueberwachungs-schüssen der Sendegesellschaften gerichteten Schreiben aus, er habe in einzelnen Fällen festgestellt, daß bei der Ueberwachung in der Tat über das gebotene Maß hinausgegangen worden ist. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat diese Tatsache den Ministerpräsidenten veranlaßt, in dem erwähnten Schreiben die Bitte auszusprechen, die Ueberwachung, soweit es nicht schon bisher geschehen sein sollte, möglichst weitherzig zu handhaben. Die Rundfunkhörer, so führt der Ministerpräsident aus, müßten allmählich mehr als bisher daran gewöhnt werden, auch von der übrigen abweichende und ihnen nicht zugängliche politische Auffassungen zu hören, wenn diese Meinungen sachlich vorgebracht würden.

Frankreich in Gefahr. Das Befehlsgewand in Trier hat unter Strafdrohung die Wiederholung einer Wiederholung, die von der kommenden Heimkehr Deutschlands ins Reich sprach, in der Operette „Die goldene Meisterin“ verboten.

Wegen Zugehörigkeit zur „Roten Hilfe“ wurden in Rom acht Kommunisten zu Gefängnisstrafen von 2 bis 7 Jahren verurteilt.

Poincaré gibt nach.

Beschluß des Ministerrats: Die Kammer soll über die Kirchengüter selbst entscheiden

Paris, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Der am Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue abgehaltene Ministerrat beschloß sich angeblich mit der durch die Gegnerschaft der Linken geschaffenen Lage. Poincaré legte zunächst eingehend die Gründe dar, welche die Regierung zur teilweisen Abänderung der Bestimmungen über die Zulassung der Kongregationen und des Eigentums der katholischen Kirche bewegen habe. Danach hat bereits am 21. März 1926, mehrere Monate vor der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts, das Außenministerium der Finanzkommission einen entsprechenden Entwurf mitgeteilt; am 22. März gab der Finanzminister seine Zustimmung zu einem Text, der später bereits durch Kammer und Senat votiert worden sei. Als Ergebnis der Beratungen des Ministerrats wird mitgeteilt, daß die Regierung nähere Erklärungen vor der Kammer

abgeben und sich

feinsinniger äußern werde, vorgeschlagene Abänderungen zu erwägen.

Mit anderen Worten: die Regierung, die kaum einen unpopulären Schritt antreten konnte, überläßt das weitere der Kammer und bestreitet nicht, eine ungeschickliche Haltung einzunehmen. Diese Haltung gestattet sowohl Blättern wie dem „Temps“ triumphierend von einer Aufrechterhaltung des Kongregationsstandpunktes zu sprechen, wie sie andererseits die Dinge beschwichtigt. Die Entscheidung wird danach erst im Plenum fallen. Es besteht kaum ein Zweifel, daß die etwaigen „Abänderungen“ beschlossen sein werden, daß von dem ursprünglichen Ansatz nicht abgesehen bleibt.

Ungarn droht.

Rückforderung des Burgenlandes. — Es will nicht verzichten.

Durch Feyer und Beitrag unter alliierten-italienischer Führung hat Ungarn 1922 einen ihm günstigen Ausgang der Volksabstimmung in Oedenburg und Umgebung erreicht, so daß diese Teile des Burgenlandes selber einen Karriher bilden, das Land zerreißen und selber dabei verflümmert. Zum Ruhm jenes Abstimmungsgewindels hat man jetzt ein „Tor der Treue“ eingeweiht und dabei hat der Ministerpräsident Bethlen nicht weniger gesagt, als daß Ungarn niemals auf das Burgenland verzichtet habe; er hat wieder von der Gewalt gesprochen und will eine „Volksabstimmung“ im Burgenland darüber entscheiden lassen, ob dieses Land bei Oesterreich bleiben oder wieder an Ungarn zurückfallen sollte.

Es ist nicht das erste Mal, daß ungarische Politiker über die Frage der Zugehörigkeit des Burgenlandes in dieser Weise reden. Aber zum erstenmal ist es, daß derartige Wendungen von dem verantwortlichen Regierungsmann selbst gebraucht werden.

Bundestagler Seipel hat am 29. September 1927 auf eine Anfrage der Sozialdemokraten im Nationalrat erklärt, daß die ungarische Regierung der österreichischen wiederholt die ernsteste Versicherung gegeben habe, „etwas auf das Burgenland bezüglich irredentistischen Bestrebungen fernzulegen“.

Nun kommt die Rede Bethlens, die man als eine Ohrfeige für Herrn Seipel bezeichnen kann. Sie ist aber zugleich ein Schlag ins Gesicht all jener Mächte, die die neue Ordnung in Europa festgesetzt haben und selber deren Aufrechterhaltung als ihre

oberste Aufgabe bezeichnen. Schließlich ist dieses Verlangen, das deutsche Burgenland wieder unter volksfremde Radjaherrschafft zu bringen, eine Kampfanfrage an das ganze deutsche Volk.

Vaugoins Wahlmache.

Der schwarze „Bund“ gewinnt.

Wien, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Dienstag wurden die Vertrauensmänner des Bundesheeres neu gewählt. Die Heeresverwaltung hat seit Monaten mit offenem Messer versucht, diese Wahlen zugunsten der Christlich-Sozialen Partei zu beeinflussen. Die Verluste des freigewerkschaftlichen Militärverbandes sind deshalb nicht vermindert. In Wien erhielt der freigewerkschaftliche Verband 2532 Stimmen, der christlich-sozialen Wehrbund 2906 Stimmen. Im Vergleich zum Vorjahre bedeutet das für den Militärverband einen Verlust von 600 Stimmen, während der Wehrbund 901 Stimmen gewonnen hat. An Mandaten erhielt der Militärverband 21, der Wehrbund 70, obwohl das Stimmverhältnis der beiden Verbände keinen großen Unterschied aufweist. Das Verhältnis ergibt sich dadurch, daß jede Kompagnie, ohne Rücksicht auf die Zahl der Soldaten, nur einen Vertrauensmann wählt und die Kompagnien von dem Heeresminister vor den Wahlen entsprechend zusammengesetzt werden müssen — stielte rote und winzige schwarze Kompagnien!

Letztes Symptom.

Kommunisten verschlafen ihr Volksbegehren.

In Wittenburg bei Belgis lag bis zum Sonntag (!) keine Einzeichnungsliste auf, Schokolade der Behörden? Nein, der kommunistische Gruppenvorsitzende hatte vergessen, die Liste einzulegen!

Am Sonntag schickte er die Liste durch einen Jungen zum Bürgermeister — gleichzeitig aber auch den Kniffel, den er durch die kommunistische Bezirksleitung per Post erhalten hatte! Er geschah eine halbe Stunde vor Beginn.

In Lübeck haben sich 774 Personen eingetragen gegen 40 500 bei dem Volksbegehren im Jahre 1926. Am 20. Mai erhielten die Kommunisten 3700 Stimmen.

In Bielefeld waren insgesamt 1053 Eintragungen zu verzeichnen, gegen 25 433 im Jahre 1926.

In Bielefeld-Bundkreis ist das Verhältnis 622 jetzt gegen 24 084 im Jahre 1926.

In Herford erfolgten 127 Einzeichnungen gegen 8655 im Jahre 1926.

In Wünnen wurden 5650 Eintragungen festgestellt. Beim Volksbegehren zur Fürstenabfindung waren 99 600 Eintragungen zu verzeichnen; beim Volksentscheid am 20. Juni wurden 147 000 Stimmen abgegeben.

In Hamburg haben sich bis Sonntag einschließlich 25 190 Personen eingetragen. Am 20. Mai hatten die Kommunisten in Hamburg 112 636 Stimmen erhalten!

In Altona bisher 4426 Unterzeichneten gegen 21 132 SPD-Stimmen bei der Wahl. In Wandebel 410 Eintragungen gegen 3868 SPD-Stimmen!

Orden.

Opportunität über Reichsverfassung?

Wie der „Sozialdemokratische Pressedienst“ erzählt, hat die Regierung des Bürgerbundes noch vor ihrem Sturz einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt, daß Orden und Ehrenzeichen einer ausländischen Regierung, wenn es politisch notwendig ist, mit der Wagnade, sie nicht zu tragen,

Vor fünfzig Jahren.

In Acht und Bann.

17. Oktober 1878.

Aus der „Berliner Freien Presse“:

Der Metallarbeiter C. B. hatte seit Juli 1876 in der Maschinenfabrik A. Koller, Chausseest. 86, zur vollen Zufriedenheit seines Arbeitgebers gearbeitet. Die Arbeit war schwer, der Lohn gering. Im günstigsten Falle konnte er auf 21 M. die Woche gebracht werden. Der Arbeiter ist Sozialdemokrat, Herr Koller Sympathisant der Sozialdemokratie. Herr Koller erließ den Befehl, daß in seiner Fabrik die Berliner „Freie Presse“ nicht mehr gelesen werden dürfe. Der Arbeiter legte nun eine Nummer des Blattes, das er zufällig in der Tasche hatte, auf sein Werkbrett. Herr Koller kam zur Tür herein, sah das Blatt und — dem Arbeiter wurde die Mitteilung gemacht, daß für ihn keine Arbeit mehr da sei!

angenommen werden dürfen. Dieser Beschluß gilt nicht nur für die Minister, er gilt noch einem Hundertsch des kaiserlichen Amtes auch für die Beamten, die Konsulatsbeamten, die Konsulate, kurz für alle Auslandsmissionen.

Dieser Beschluß widerspricht dem Artikel 100 der Reichsverfassung, der klar und eindeutig lautet: „Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Orden oder Ehrenzeichen annehmen.“ Das geltende Verfassungsrecht soll aus Opportunitätsbedenken durch einen einfachen Beschluß des Reichstages außer Kraft gesetzt werden. Dieser Beschluß ist rechtlich nicht haltbar. Man erspüre uns das Schauspiel, daß aus Opportunitätsgründen eine juristische Verlegenheitskonstruktion in der Richtung angestellt wird, daß das Annehmen von Orden etwas anderes sei, als das Annehmen von Orden mit der Absicht, sie nicht zu tragen! Die Verfassungsbestimmung hat ihren guten Sinn. Sie soll vor der ganzen Welt und auch vor fremden Regierungen zeigen, daß das deutsche Volk sich bewußt vom monarchistischen Zeremoniell und seinen Begleiterscheinungen loslösen wolle. Sie ist ein Hinweis auf die einseitige Würde eines großen, sich selbst regierenden demokratischen Volkes. Sinn und Absicht dieser Verfassungsbestimmung läßt sich nicht hinwegkonstruieren, am wenigsten aus Opportunitätsgründen.

Was heißt denn in diesem Zusammenhang „politisch notwendig“? Die großen Sünden der Politik eines 60-Millionen-Volkes können von kleinsten Fragen des Zeremoniells nicht beinträchtigt werden. Es fründe sich um die deutsche Außenpolitik, wenn sie davon abhängig wäre, ob der Herr Generalkonsul 17 einen Orden annehmen darf oder nicht! Dieser Beschluß ist gefaßt worden von einem Kabinettsrat, in dem die Deutschnationalen die Mehrheit hatten. Es gehört zu den stehenden Redewendungen der Deutschnationalen, daß man in außenpolitischen Fragen auch rein sagen können müsse. Dieser Beschluß zeigt, daß in der Praxis die Deutschnationalen nicht einmal in kleinsten Fragen des Zeremoniells glauben sein sagen zu können!

Kleinstaat-Kalamitäten.

Dauerkrisen in Mecklenburg und Thüringen.

Neustrelitz, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen der Regierungsparteien (Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei) mit den in der Opposition befindlichen Demokraten und Handwerkervertretern sind ergebnislos verlaufen. Man rechnet deshalb damit, daß der sozialistische Minister Dr. v. Reibnitz in der am kommenden Montag stattfindenden Landtagsöffnung mit Hilfe der Demokraten und der Kommunisten durch ein bereits von den Oppositionsparteien eingebrachtes Vertrauensvotum gestützt wird.

Weimar, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Thüringischen Landtag, der am Dienstag nach einer längeren Pause wieder zusammentrat, ließ die sozialdemokratische Fraktion erklären, daß ihr Plan zur Auflösung des Landtages sich nach dem bisherigen Verlauf der Krise als vollkommen berechtigt erweisen habe. Allerdings sei die SPD, unter den gegebenen Umständen bereit, noch vor der Neuwahl einer Regierung, oder vor der Landtagsauflösung alle Arbeiten mitzuerledigen, die einen Aufschub nicht vertrügen können. Gleichzeitiger erklärte die Sozialdemokratie, daß sie mit ihrer Haltung nicht etwa die Rechtmäßigkeit der jetzigen geschäftsführenden Regierung anerkenne. Sie müsse vielmehr deutlich feststellen, daß sie die Verfassungsmäßigkeit der jetzigen Regierung entschieden bezweifle.

Panzerkreuzer im Rathaus.

Der Kommunistenprotest ein Solovortrag.

Aus hohen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Kommunisten endlich ihre Panzerkreuzerdekoration vorbringen können, just an dem Tage, wo die Eintragungen zu dem von ihrer Partei inszenierten Volksbegehren abgeschlossen und ihre Blamage besiegelt wurde. Ihr Redner Schwentz sprach lau und müde, wie einer, der weiß, daß er auf verlorenem Posten steht. Der Protestantrag war durch die Zutaten, die den Panzerkreuzer als eine „kommunale“ Angelegenheit erscheinen lassen sollten. Und auch den Zweck hatten diese Zutaten, bei Ablehnung des nur auf Agitation berechneten Antrages den Kommunisten neuen Agitationsstoff zu liefern. Des wußten ja auch sie, daß die Stadt Berlin, wenn der Panzerkreuzer vom Reich nicht gebaut wird, nicht einen Pfennig mehr zur Erfüllung sozialer Aufgaben erhält. Nach der begründenden Rede Schwentzs beantragten die Demokraten Ueberegang zur Tagesordnung. Sofort meldeten sich die Deutschnationalen mit der Erklärung, daß sie diesem Antrag die Unterstützung versagten. Sie wollten glauben machen, daß die Sozialdemokraten die weitere Debatte fürchten. Unter Anrempelungen unserer Fraktion erklärten die Deutschnationalen, daß sie nicht helfen wollten, ihr die Debatte zu ersparen. Dieses lächerliche Zeugnis deutschnationaler Unreife in politischen Dingen ließen sie ausgerechnet durch ihren Stadtverordneten Südko verlesen, der längst kein Jüngling mehr ist.

Die Stadtverordneten hatten gestern eine außerordentliche Sitzung, um mit angehäuftem Arbeitsstoff anzuräumen. Die Sitzung wurde nur mit Erledigung von Anträgen verwendet, die zum Teil schon vor längerer Zeit eingereicht waren. Zu Beginn der Sitzung wurde zum Mitteil der einseitigen Bezirksdeputation für Berlin I bis VI an Stelle des Genossen Kreuziger, der wegen seiner Wahl zum Reichstagsmitglied aus der Deputation ausgeschieden ist, Genosse Kermes (Brenzlaue Berg) gewählt.

Ein Antrag der Kommunisten forderte vom Magistrat, darauf hinzuwirken, daß die Erhöhung der Eisenbahntarife unterbleibe. Sie ist inzwischen erfolgt, darum ändern die Kommunisten jetzt ihr Verlangen dahin, der Magistrat solle erwirken, daß die Erhöhung zurückgenommen wird. Wie er das erreichen soll, sagte der kommunistische Redner nicht. Die Abstimmung wurde auf die Donnerstagsitzung verschoben. (Alle Abstimmungen werden Donnerstag vorgenommen.)

Nach einem anderen Antrag der Kommunisten soll der Magistrat bei der Reichsregierung die Aufhebung des jetzt geltenden Arbeitslosenversicherungsgesetzes und die Einführung einer allgemeinen Arbeitslosenfürsorge erwirken. Stadtverordneter Roth (SPD) begründete ihn. Er forderte von der Stadtverwaltung, gegen ein Gesetz Sturm zu laufen, das den Interessen der Arbeitslosen in seiner Weise entspricht. Das in Kraft befindliche Schandgesetz müsse fort und ein Gesetz geschaffen werden, das die Kommunen durchzuführen hätten. Die nötigen Mittel müßten auf die leistungsfähigen Schultern abgemalt werden! — Eine Debatte fand nicht statt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden noch eine ganze Reihe kommunistischer Anträge beraten. Darunter befanden sich Anträge, die die Forderung der Brennmaterialien an die Unterküchungsempfänger frei ins Haus verfrachten, ferner die Aufhebung der Rückzahlungsverpflichtung von Wohnfahrtsunterkünften forderte. Der letzte genannte Antrag wurde auf Anregung der Genossin Todenhagen einem Ausschuss überwiesen.

In der Diskussion über die vom Bezirksausschuss erlassene Markt-

ordnung erhoben die Redner der Linken des Hauses Protest gegen gewisse Bestimmungen der Debatte. Genosse Kermes meinte, die Leute, die die Marktordnung gemacht haben, seien 30 Jahre zu spät auf die Welt gekommen. Die Sozialdemokraten sind gegen eine Beschränkung der Auswahl der Handelsartikel; mindestens sei es nicht Aufgabe der Behörden, solche Beschränkungen vorzunehmen. Ihr Augenmerk solle sich vielmehr den hygienischen Zuständen und der Ordnung auf öffentlichen Märkten und in Markthallen zuwenden. Ueber einen Antrag wegen des

Panzerkreuzerbaues.

eingebbracht und begründet von den Kommunisten, wurde von den Demokraten Ueberegang zur Tagesordnung beantragt. Die Deutschnationalen traten den Kommunisten in einer langen Erklärung bei, sie wollten sich der Abstimmung enthalten! Schließlich beantragten die Kommunisten noch namentliche Abstimmung, so daß alles auf Donnerstag vertagt wurde.

Rückflug des Zeppelin.

Ankunft in Berlin Ende Oktober erwartet.

Die Nachricht von der glücklichen Beendigung der Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“ hat natürlich auch in seiner Heimat in Friedrichshafen, trotz Ankündigung erweckt, obwohl man gerade hier, wo die ganze Stadt mit dem Luftschiffbau Zeppelin auf das engste verbunden ist, am allerwenigsten an der glatten Durchführung des Fluges gezweifelt hat.

Von dem Augenblick an, da das Eintreffen des Luftschiffes über Washington bekannt wurde, häuften sich die Glückwunschtelegramme im Luftschiffbau, die besonders dem Konstrukteur des „Graf Zeppelin“, Direktor Dr. Dürr, galten. Die Dr. Dürr auf Anfragen mittels, Regt ihm bisher noch keine direkte Mitteilung Dr. Eckners über den Verlauf der Fahrt vor, was aus der Tatsache zu erklären ist, daß die Ankunft in Lakehurst erst in den Abendstunden erfolgte, und die Schiffsleitung nach den ungeheuren Aufregungen und Strapazen der letzten Fahrttage wohl zunächst der Ruhe pflegte. Ein offizieller Bericht wird in Friedrichshafen besonders deshalb mit Spannung erwartet, weil man sich bei der Berichterstattung über den Verlauf des letzten Teiles der Fahrt, insbesondere über das Kreuzen in der Nähe der Bermuda-Inseln auf Grund der bisherigen Meldungen nicht im Klaren ist. Auf jeden Fall, so erklärte Dr. Dürr, sei die Fahrt über die Art und Weise, wie der „Graf Zeppelin“ seine Sturmprobe unter schwierigsten Bedingungen bestanden habe, reiflos zufriedenge stellt. Die Erwartungen, die man gerade an dieses, für den Weltluftverkehr bestimmte Luftschiff geknüpft habe, hätten sich vollkommen erfüllt. Vor allem habe man für künftige Ozeanflüge sehr wertvolle Erfahrungen gesammelt, auf denen man weiter aufbauen könne. Die Beschädigung der Bespannung an der linken Stabilisierungsfläche sei ein Zwischenfall gewesen, der die Sicherheit des Luftschiffes selbst in keiner Weise beeinträchtigt, sondern nur eine Fahrtrübsung zur Folge gehabt hätte. Die Reparatur werde in Amerika schnell vollzogen gehen, da dort alle Hilfsmittel zur Verfügung ständen. Es handele sich nur darum, die Gitterkonstruktion der Flosse, die im übrigen durchaus unversehrt sei, neu zu bespannen, eine Arbeit weniger Stunden.

Die Rückkehr des Luftschiffes erwartet man in Friedrichshafen für Ende dieses Monats, doch wird der genaue Termin von dem Fahrprogramm abhängen, das jetzt in Amerika für den Besuch zahlreicher großer Städte, die dringend um das Erscheinen des deutschen Zeppelin gebeten haben, aufgestellt werden wird. Die Nachfüllung der Trag- und Brenngaszellen kann in Lakehurst aus den seit Wochen dort aufgestapelten Gasvorräten sofort beginnen. Das Luftschiff wird nach seinem Eintreffen in Deutschland zunächst Berlin besuchen und in Staaten an einem Anferntage, der zurzeit errichtet wird, festgemacht werden.

Friz Wilkes Heimgang.

Draußen, vor der großen Halle des Krematoriums in der Gerichtstraße, stehen die Jungen, die Reichsbannerkameraden, mit leuchtenden Ehrenfakeln in der Hand. Drinnen sitzen und stehen dicht gedrängt die Alten, die Kämpfer des Toten durch lange Jahrzehnte. Unser alter Friz Wilke wird heimgeführt...

Ein Wort, eine Weile ist es, die sich durch die vielen Abschiedsreden zu Ehren des von uns Geschiedenen zieht: Die Weile der Arbeit und des Kampfes! Heute, da wir Jüngeren in den Tagen der hundertjährigen Wiederkehr des Schandgesetzes dankbar und bewundernd der Alten gedenken, hören wir in den Trauerreden von dem Manne, der, kaum schuldenlos, eintrat in die Partei, um sein Leben lang zu schaffen und zu kämpfen, und der, als er als 73-Jähriger sich zur letzten Ruhe streckte, in den Phantasten der Krankheit und des Fiebers von den Spiegeln, von den Verfolgungen der Bismarckschen Zeit und von den Siegen und Erfolgen der Sozialdemokratie erzählte. Friz Wilke hat Schweres erlitten und Großes erlebt. Er wirkte, so führte ein Redner aus, hinaus aus seinem Wohnort Berlin, ausgewiesen auf Grund des Gesetzes, das der Schandgesetz Bismarck geschaffen hatte, aber zu seinem 70. Geburtstag konnten ihm seine Kinder mit den Worten gratulieren: Du hast erlebt, was Du in Deiner Jugend erträumen hast: Die deutsche Republik! Ein Reichsbannerkamerad aus Erfurt erzählt, wie der Alte noch in den letzten Jahren teilnahm an den Fahrten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hinaus ins Land zur Werbung für die Republik, seine beiden Jungen, die er in seinem Geiste erzoget hatte, zur Seite. Noch vor wenigen Wochen, als schon Krankheit seine Glieder gelähmt hatte, ließ er sich, so verkündete der Vertreter des Reiches Mitte, von seiner Frau in die Sitzung geleiten, um mitzuarbeiten, mitzuschaffen und mit dem Rat des erfahrenen Alters zu helfen. War er doch über 25 Jahre Stadtverordneter gewesen, hatte er doch immer sein ganzes, durch eigene Kraft erlangenes Wissen im höchsten Sinne verwandt für die Arbeiterschaft. Ihr galt die stolze Arbeit eines reichen Lebens, ihm aber gilt der Dank aller derer, die ihn kannten.

Den höchsten Sarg bedekten viele Kränze mit roten und schwarzrothgoldenen Schleifen. Arbeiterweihen erklingen. Dann ist die Trauerfeier zu Ende. Die vielen Fahnen senken sich über dem, was Friz Wilkes sterbliche Hülle enthält. Von draußen her erklingt wehmütig und freudig zugleich, das Lied: „Ich hatt' einen Kameraden...“

Bergmann erkrankt?

Die nächste Sitzung im Bergmann-Prozess findet erst am Freitag statt. Der Verhandlungstermin für Mittwoch ist aufgehoben worden, wie es heißt, weil Bergmann sich nicht wohl fühle und schonnungsbedürftig sei. Schon in der vorletzten Sitzung am Freitag hatte der Angeklagte wegen körperlichen Leidens, den vorzeitigen Abbruch der Verhandlung veranlaßt. Auch bei den vorgelagerten Verhandlungen sah er leidend aus und gab zeitweilig nur matte Antworten. Es soll aber kein Anlaß zu ernstlichen Besorgnissen vorliegen, so daß bestimmt am Freitag weiterverhandelt werden wird. Eine Verlegung des gesamten Prozesses kommt nicht in Frage.

Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Brunn.

Copyrights 1927 by J. M. Spaath Verlag, Berlin.

Klaffen bemerkt es nicht, er ist kein gewiegter Pädagoge, er stellt keine Frage, fordert keine Antwort. Unermüdet fängt er wieder von vorn an, und seine Worte klingen uns eine liebliche Schlummermusik. Wir sind überanstrengt, haben bereits unendlich viel Brot mit Kunsthonig vertilgt und möchten den Nachtschlaf fortsetzen. Pfeiffer nickt ein, und ein Tropfen hängt an seiner krummen Nase. Der Gefreite weckt ihn auf mit einem Puff, und der Tropfen fällt ab. Unteroffiziere, Sergeanten, Bizefeldwebel, Feldwebel — blühende Orgelpfeifen!

Was sage ich? — Sie erscheinen uns als die Vorgesetzten von Göttern, Heiden, Madonnen und Heiligen. Wir sind nicht wert, bei ihnen zu leben. Wir müßten ihre Schmutzweimer in Müsli tragen, ohne einen Tropfen über-Schulter zu bekommen. Sie verschleiern das Licht der Generäle. Ihre goldenen Treppen — sie nehmen uns den Atem und sind direkt aus dem Himmel bezogen und geliefert.

Unteroffizier — das klingt wie Ueberoffizier. Sergeant — das klingt wie ganz draußen, und es gibt deren auch wenige. Bizefeldwebel — Bizekönig, aber mit langem Säbel und Säbelforb und einem Portepes, ganz aus Leder und und Silber und so achlos in der Welt baumelnd wie alles Bedeutungslose. Feldwebel — das ist eine schwarze Riste, in die du fortwährend gesteckt wirst, und die sich nie schließen will. Träume fort! Die Stimme des Feldwebels schwebt über dir wie eine Säge. Sie sagt dir die Seele aus dem Busen. Schaudervoll und göttlich.

Doch sieht ihn an, unseren Korporal. Nüchtern steht er vor uns und stotzt, um wieder in sein Buch zu sehen. Er fängt einen Satz an und bricht in der Mitte ab, da er glaubt, daß er bereits zu Ende ist. Er beginnt einen Nebensatz, wie „Indem wir einem Feldwebel auf der Straße begegnen...“ und fällt einen Augenblick in Gräbelei.

Es ist schön, diesen jungen, blonden Menschen seine Stirn in Falten legen zu sehen. Sätze bilden ist schwer.

Plötzlich aber wird sein Gesicht wieder ganz hell und schön, und er sagt:

„Pfeiffer, was tun Sie, wenn Ihnen ein Barrunenaufseher begegnet?“

Gefreiten Siemer unterstützt. Er legt seine Hände wie umgekloppte fünfzackige Kronen auf die Hosentaschen und schreit begeistert:

„Ich mache Front, Herr Unteroffizier!“

Der Bär Siemer lacht, als habe er sein eigenes Fett geöffnet. Auch wir stimmen ein, Urtierjam so höchst eigenartig, als fielen zwei bis drei Knallbonbons zur Erde; Albering medernd wie eine Ziege; Pfeiffer selber mit breitem Mund und schmalen Augen, zu Tränen gerührt und immerfort von dem Bär Siemer von hinten gepufft, welcher nicht:

„Son Unhold, ion Unhold.“

Und Klaffen? — Er geht hin und her vor uns, die Hände auf dem Rücken, den Zeigefinger im Buch und am kleinen Finger einen Mädchenring mit blauem Stein, nicht immerfort mit dem Kopfe und wirft schalkhafte Seitenblicke auf den verzückten Pfeiffer.

Plötzlich steht er still und horcht. Ein kurzer fester Schritt erklingt im Gang, und ein Säbel schlurrt. Es ist Rosenhold, wir nehmen Haltung an. Klaffen meldet die 10. Korporalschaft beim Unterricht. Rosenhold streckt den Schnurbart ins Weite und spricht über sein Lieblingssthema: „Die Pflege der Fußlappen.“

Sch konnte den kleinen Hahn nicht leiden. Er war zänklisch und unfreundlich gegen alle, besonders gegen mich, und zwar deshalb, weil ich mein Bett über dem des Gefreiten hatte. Er glaubte wohl, ich gäbe dem Siemer Geld oder Zigarren und konnte freilich nicht ahnen, daß mich der Bär zum Anhören seiner Gedächtnis brauchte. Unsere beiden Betten waren nämlich durch einen Schrank von dem übrigen Teil des kleinen Saales getrennt, sie standen an den beiden Fenstern. Abends, nach neun Uhr, wenn das Licht ausgeht war und der kalte Mond durch die Scheiben schien, deklamirte der Gefreite leise Strophen. Es war nichts zwischen uns ausgemacht, aber ich hörte doch sorgfältig hin, und Siemer wußte es. Er half mir dafür bisweilen beim Nähen und Pugen, dagegen mußte ich jeden Mittag sein Egelohr auspülen. Dies über den Gefreiten Siemer, um dessen Nachbarschaft mich der kleine Hahn beneidete. Hahn war ein Schuster aus dem Norden Ostfrieslands, wo die langen Delche schnurgerade hinter den Häusern hinführen. Er war von kleiner Gestalt, schlau und zäh, seine Augen hellblau und eng zusammenstehend. Vom ersten Tage an stieß mich an ihm seine infam näselnde Stimme ab. Er war ein sauberer Soldat im Gegensatz zu dem Schwein Pfeiffer.

Es geschah an einem Tage im Februar, daß wir Hahn

nähertraten. Es gab an diesem Tage eine Stunde, wo wir ganz in seinem Schmerz mitlebten, mit Ausnahme vielleicht von dem Offiziersaspiranten Meyer, der nur an den Dienst dachte, und von Pfeiffer, der im Gehen und Stehen schlief.

An dem genannten Tage marschieren wir mit der 9. Korporalschaft zusammen zum Schießstand hinaus. Wir sollen bei 300 Meter Entfernung „liegend aufgelegt“ schießen. Das Wetter ist denkbar ungünstig, nämlich dunstig und kalt, dazu schneit es alle halbe Stunde in dicken Flöden. Wir haben bald die letzten Häuser der Stadt hinter uns und stampfen durch den Schnee des ausgefahrenen Weges, der gefroren ist. Links und rechts sind die kahlen Hecken, geradeaus zeigt sich ein dunstiger Wald.

Die Kolonne zieht schweigend hin, die Gewehre nach Belieben über die linke oder rechte Schulter gelegt. Der Unteroffizier der 9. Korporalschaft hat das Kommando. Es ist ein dicker, halenaasiger Teufel mit kleinem zweiteiligen Schnurbart, Zutschy mit Ramen, und wir beneiden die Reunte nicht um diese Knackwurst. Augenblicklich ist Zutschy in Wut, weil unser Gesang trotz seiner mehrfachen Drohungen recht spärlich klang. Klaffen geht neben ihm, dem ist es egal, ob wir singen, er selber singt und pfeift immer etwas von den lieben Mädchen.

Kurz vor dem Walde, da wir uns dem Schießstande nähern, befiehlt der Zutschy nach der Vorschrift:

„Gruppenkolonne!“

Wir gehorchen sofort, nehmen Abstand, legen die Gewehre auf die linke Schulter und ziehen die Kolben an. Der Tritt wird aufgenommen, und alle schweigen.

Plötzlich höre ich dicht neben mir einen harten Schlag und sehe Hahn vornüber in die harigeforene Wagenspur stürzen. Sein Gewehr fliegt den Vordermännern zwischen die Beine. Im Augenblick ist es mir klar: Der Zutschy ist in die Kolonne hineingefahren und hat Hahn einen derben Stoß in den Rücken versetzt. Weshalb? Der Schulter hat sich irgendwie vernachlässigt.

Wir marschieren weiter; nach einer Weile kommt der Gefallene nachgerannt und nimmt wieder den Tritt auf. Zur Seite schielend sehe ich, daß aus seiner Nase Blut in den weißblonden Schnurbart rinnt. Ich höre ihn schluden und schnaufen, und dann biegen wir in den Schießstand ein.

Auf dem Schießstand hat der Soldat Freiheit, sich zu bewegen. Es sollen gute Erfolge erzielt werden, deshalb wird keiner zur Eile angezogen. Da die 10. Korporalschaft noch nicht so bald an die Reihe kommt, gehen wir in eine kleine Bude, die für uns geheizt ist. Wer Geld ausgeben will, kann dort Glühwein kaufen.

(Fortsetzung folgt)

Das Schicksal einer Hafenstadt.

Stillelegung der Stettiner Vulkanwerft. — Niedergang des Hafens.

W. T. Stettin, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Stettin, der größte preussische Hafen und vor dem Kriege nach Hamburg und Bremen der drittgrößte deutsche Hafen, ist durch politische und wirtschaftliche Vorgänge der verschiedensten Art in so große Bedrängnis gekommen, daß es in seiner Not Zuflucht in der breitesten Öffentlichkeit sucht und Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie die Berliner Presse zu einer Besprechung und Besichtigung eingeladen hatte.

Die beiden Leiter der Stadtverwaltung, Oberbürgermeister Dr. K. A. Mann und Bürgermeister P. A. sowie der Präsident der Handelskammer und der Staatssekretär Töpfer gaben während einer Dampferfahrt durch die ausgedehnten Stettiner Hafenanlagen und auf der Ober sehr eingehende Schilderungen der Zustände, die bei objektiver ruhiger Betrachtung in der Tat geeignet sind, die ernste Aufmerksamkeit der Regierungen und der Parlamente sowie der weitesten Öffentlichkeit zu erregen. Der schwerste Schlag, der der Stettiner Wirtschaft und dieser großen preussischen Handelsstadt verjagt werden konnte, ist der Niedergang der einst weltberühmten großen Vulkanwerft. Vor dem Kriege beschäftigte diese Werft 7000 bis 8000 Arbeiter. Vor kurzem wurden auch die übriggebliebenen 1700 Werftarbeiter entlassen. Im Oktober 1927 übernahm bekanntlich der Bremer Werftkonzern Deschimag die Vulkanwerft angeblich zu dem Zwecke, künftigen schlechten Zeiten vorzubeugen und damit im Rahmen des Norddeutschen das erstklassige Maschinen- und Turbinenmaterial des Vulkan der besten Verwendung innerhalb des Trusts zuzuführen. Jetzt stellt sich aber heraus — und mit welchem Entsetzen konnten es die Jahresteilnehmer feststellen —, daß die ganz gewaltige Werft mit ihren turmhohen, vollkommen modern ausgebauten Hellingen einfach verschrottet wird. Damit nicht genug, macht sich jetzt von Tag zu Tag der schwere Wettbewerb Danzigs und des neuen

polnischen Hafen Gdingen bemerkbar. Stettins Hafen hatte vor dem Kriege eine Ausfuhr von 214 000 Tonnen Steinkohle, 1927 aber nur 189 000 Tonnen, während der polnische Hafen Gdingen 1927 bereits 880 000 Tonnen und Danzig sogar 3 603 000 Tonnen Kohlenausfuhr hatte. Weiterhin macht sich für Stettin die Abirretung Westpreußens und Polens an Polen immer stärker und verhängnisvoller bemerkbar. Schließlich sind die Eisenbahn- und Verkehrsverhältnisse äußerst ungünstig. Die Reichsbahn hatte ursprünglich, nachdem jahrzehntelang für den Stettiner Byn. den pommerischen Verkehr wenig getan worden war, ein großzügiges und sehr notwendiges Programm mit einem Kostenaufwand von 50 Millionen Mark entworfen. Nachdem bereits etwa 30 Millionen Mark für eine Umgebungs- und moderne Güterbahnhöfe ausgegeben worden sind, wird plötzlich jede weitere Bewilligung unterbunden. Alle bisher zur Ausführung gekommenen Brücken und sonstigen Bauten stehen unbenutzt da. Das alles hat zu einer Arbeitslosigkeit in einem Ausmaße geführt, wie man sie in Deutschland mit wenigen Ausnahmen glücklicherweise nicht kennt. Nahezu 50 000 Einwohner, das ist der fünfte Teil der ganzen Bevölkerung, müssen in irgendeiner Form aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden, dafür muß die Stadt Stettin etwa 30 Millionen Mark aufwenden. Die Landgemeinde Zülchow, die ausschließlich von ehemaligen Vulkanarbeitern bewohnt wird, droht infolge des Erliegens der Werft und der grenzenlosen Arbeitslosigkeit zusammenzubrechen. So spigen sich die Dinge in gefährlicher Weise zu. Die Parlamente und Regierungen werden nicht mehr umhin können, sich mit der Sanierung Stettins eingehend zu befassen. Zwar sagen die Stettiner selber, daß sie den Mut nicht verlieren, aber auf Grund der offenen und rückhaltlos und ohne Schönfärberei der Presse gegebenen Schilderungen sieht die Sache doch sehr ernst und bedrohlich aus.

Abschiedslieder vor dem Freitod.

Doppelsebstmord eines alten Ehepaars.

Im Hause Pappelallee 21a wurden gestern die 71jährige Rentnempfängerin Anna Gelling und der 54jährige Rentner Wilhelm Prabell durch Gas vergiftet leblos aufgefunden.

Prabell lebt mit seiner Frau in Scheidung und wohnt zur Untermiete in der Pappelallee 21a. Vorgefunden erhielt er abends den Besuch der Frau Gelling. Der Wirtin fiel auf, daß ihr Mieter während des ganzen Abends schwermütige Lieder auf seiner Ziehharmonika spielte; sie maß dem aber keine sonderliche Bedeutung bei. Als sich P. gestern nicht sehen ließ und auf dem Flur ein immer stärker werdender Gasgeruch bemerkbar wurde, schöpfte die Wirtin Verdacht und alarmierte, als sie auf Klopfen keine Antwort erhielt, die Polizei, die sich Eintauch verschaffte. In dem völlig mit Gas erfüllten Zimmer fand man das Paar leblos auf. Obgleich kein Abschiedsschreiben vorgefunden wurde, nimmt man an, daß die alten Leute im gegenseitigen Einverständnis aus dem Leben geschieden sind. Die Leichen wurden polizeilich befragt.

Ein weiteres schweres Gasunglück, das gleichfalls zwei Menschenleben forderte, wurde um 18 Uhr im Hause Neue Königstraße 73 entdeckt. Hausbewohner wurden auf einen starken Gasgeruch aufmerksam, der aus der im vierten Stockwerk des Vorderhauses gelegenen Wohnung des Schneiders Gustav Wittbrang. Da auf wiederholtes Klopfen niemand öffnete, benachrichtigte der Vermieter des Hauses die Polizei und Feuerwehr. Die Wohnungstür mußte gewaltsam geöffnet werden. Im Wohnzimmer lagen der 69jährige Schneider Gustav Witt und seine 70jährige Frau Josephine leblos auf dem Fußboden. Die alarmierte Feuerwehr und der hinzugerufene Arzt der nächsten Rettungsgesellschaft nahmen Wiederbelebungsversuche vor, die jedoch ohne Erfolg waren. Nach den polizeilichen Ermittlungen liegt ein Unglücksfall vor. Der Schlauch hatte sich vom Gaskocher gelöst, und die ausströmenden Gase führten den Tod des betagten Ehepaars herbei, der erst kurze Zeit vor Entdeckung des Unglücksfalles eingetreten sein konnte.

Mordete er den Freund?

Der Stadtbader Schülerprozeß.

Am Dienstag begann, wie wir bereits mitteilten, unter gemäßigtem Andrang des Publikums vor dem Essener Schwurgericht der Mordprozeß gegen den 23jährigen Abiturienten des Stadtbader Gymnasiums Karl Hufmann, dem zur Last gelegt wird, seinen Mitschüler Helmut Daube auf dem Heimweg von einer Kneiperei vor dem Hause der Eltern Daubes in Gladbeck in der Nacht zum 23. März dieses Jahres ermordet zu haben. Zu der Verhandlung sind 152 Zeugen und zahlreiche Sachverständige geladen.

Der Angeklagte ist über seine Jahre entwickelt und von großer Statur. Er macht seine Aussagen mit vollkommener Ruhe, als ob er mit der ganzen Sache nichts zu tun habe. Auf die Aufforderung des Vorsitzenden, wenn er die Tat bezeugen habe, sei Gewissen durch ein freimütiges Geständnis zu erleichtern, antwortet Hufmann sehr ruhig: „Herr Vorsitzender, ich habe mit dieser Tat nicht das geringste zu tun und stehe mit dem Tode meines Freundes Daube in keinem Zusammenhang.“ Der Angeklagte schildert dann sein Leben. Er hat in Gladbeck zunächst die Volksschule und danach das Gymnasium besucht. Seine Eltern hat er kaum gekannt. Der Bruder studierte. Hufmann ist orthodoxer Protestant und auch das Haus seiner Pflegeeltern, bei denen er wohnte, scheint gleichartig gerichtet zu sein. Mit dem ermordeten Helmut Daube hat ihn eine religiöse Freundschaft verbunden. Beide traten in einen Bibelkreis ein, in dem Hufmann eine führende Rolle spielte. Er ging in der Vereinsarbeit darauf an, daß er die Schularbeiten vernachlässigte und in der Unterprima sitzen blieb.

Es kommt dann die Kneiperei zur Sprache, die im Hotel „Zur Post“ in Buer stattfand. Es war eine sogenannte Keilkeipe. Der Angeklagte hat nach seiner Angabe an dem freudigen Abend 25 Glas Bier getrunken. Daube habe ihm freude-

strahlend erzählt, daß er 10 Glas Bier geschafft habe. Kurz vor 2 Uhr nachts erfolgte der allgemeine Ausbruch aus dem Restaurant. Daube und Hufmann gingen voran, zwei Freunde folgten ihnen. Nach einer kurzen Wegetrede verabchiedeten sich die beiden Freunde; Hufmann und Daube setzten den Heimweg gemeinsam fort. Der Angeklagte erklärt, er sei überzeugt gewesen, daß seine Unschuld sich herausstellen würde. Man habe ihn besonders darauf aufmerksam gemacht, daß sich auf seinen Stiefeln das Blut von Daube befände, und da er damals geglaubt habe, daß sich genau feststellen lasse, ob das Blut von Daube herrühre oder nicht, habe er nur dies für das einzige gegen ihn vorliegende Verdachtsmoment gehalten.

Hufmann erklärt weiter, daß Daube ihn zu seinem Hause begleitet habe und daß er selbst kurz vor 3 1/2 Uhr im Hause angekommen sei. Beide seien im besten Einvernehmen voneinander geschieden.

Die Toten von Prag.

Kommunisten misshandeln die Trauerfeier.

Prag, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Am Dienstag vormittag wurden 9 von den 41 Todesopfern der großen Prager Katastrophe in einem von ihrer Gemeinde Prag veranstalteten Begräbnis gemeinsam zu Grabe getragen. Die Leichen der anderen Opfer wurden bereits vor zwei Tagen in ihre Heimatgemeinden beordert. Die Bauarbeiter Prags hatten auf Befehl der Gewerkschaften die Arbeit am Dienstag eingestellt und nahmen im Arbeitskleid in geschlossenem Zuge an der Trauerfeier teil. In den übrigen Betrieben ruhte gleichfalls auf Befehl der Gewerkschaften um 10 Uhr vormittags die Arbeit 10 Minuten. Um diese Zeit flammten alle Lampen und Laternen in der ganzen Stadt auf; die Geschäftstotele in den Straßen, durch die sich der Trauerzug bewegte, wurden geschlossen. In dem gewaltigen Leichenzug schritten hinter den Hinterbliebenen der Opfer die Vertreter der Regierung, der Stadtgemeinde, die Abgeordneten, die Delegationen und dann das große Heer der Arbeiter.

Die Kommunisten konnten nicht einmal diesen Trauflauf vorübergehen lassen ohne in würdevoller und pietätloser Weise durch große Schläger, die im Zuge getragen wurden, gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft und ihre „reformistischen“ Führer zu gehen.

Funkwinkel.

Prof. Dr. W. Liepmann begann einen Zyklus „Frauentunde“ mit der Beantwortung der Frage: Was versteht man unter Frauentunde? Das aus dem Griechischen stammende Wort „Gynäkologie“, das in der Sprache des Mediziners soviel wie „Frauenheilkunde“ bedeutet, heißt in richtiger Uebersetzung „Frauentunde“. Eng verknüpft sind Frauenheilkunde und Frauentunde. Ohne die Kenntnis von der eigentlichen Wesenart der Frau und ihren Beziehungen zur Umwelt muß jede Frauenheilkunde Stüßwerk bleiben. Die Gesunderhaltung der Frau ist wichtiger noch als die Säuglingsfürsorge; der Schutz der Mutter ist Bevölkerungspolitik im besten Sinne. Zahlreiche Frauen verrichten in den Fabriken viel zu schwere Arbeit. Verstöße gegen die geistige und körperliche Gesundheit der Frau rächen sich einst schwer am Volke. — In seiner Vortragserfolge „Orientalische Hauptstädte“ entwarf Prof. Dr. Gotthold Weil ein Bild von Bagdad, der Märchenstadt aus Tausendundeiner Nacht. — Oberstudiendirektor Dr. Karsten sprach zu dem Thema „Eine großstädtische Einheits- und Gemeinschaftsschule“. Er schilderte, wie weisensfremd moderne Eltern noch oft der neuzeitlichen Schule gegenüberstehen. Wenige wissen, welche Bildungsmöglichkeiten dem Kinde nach den ersten vier Grundschuljahren offenstehen, und schämen das Kind in die Schule, die ihnen aus irgendwelchen äußeren Gründen geeignet erscheint. Die großstädtische Einheits- und Gemeinschaftsschule berücksichtigt dagegen die verschiedenartige Anlage der Kinder nach der praktischen oder der theoretischen Seite und gibt dabei immer noch die Gelegenheit, später aus einer Gruppe in die andere herüberzuwechseln. So können die Kinder wirklich ihrer Beranlagung gemäß für das Leben vorbereitet werden.

Schreckenstat eines Abgewiesenen.

Selbstmord mit Dynamit.

Waldenburg, 16. Oktober.

Am Dienstag morgen spielte sich in Weichsel eine furchtbare Liebestragödie ab. Am Vormittag um 1/9 Uhr wurden die Bewohner in einem Hause in der Hauptstraße im Ortort Weichsel von Waldenburg durch eine ungeheure Detonation erschreckt. Der verheiratete Bergbauarbeiter, der seit längerer Zeit der im gleichen Hause wohnenden verheirateten Frau Ende nachgestellt hatte, von ihr aber abgewiesen worden war, hatte aus Rache eine Dynamitpatrone, die er wahrscheinlich aus dem Leib getragen hat, zur Explosion gebracht. Ruffert wurde vollkommen zerrissen, während Frau Ende, die gerade Wasser holen wollte, schwer verletzt wurde. Ein Bein wurde ihr völlig gerissen und der Unterschenkel des anderen Beins zerschmettert. Frau Ende, die Mutter mehrerer Kinder ist, dürfte kaum mit dem Leben davunkommen.

Dreißig Jahre Zuchthaus für Posträuber.

In dem Prozeß gegen die beiden Posträuber von Ohligs, Hein und Barm wurden die beiden Angeklagten wegen gemeinschaftlichen schweren Raubes, Hein insbesondere wegen Körperverletzung mit Todeserfolg, zu je fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei beiden wurde auf Stellung unter Polizeiaufsicht, bei Barm ferner auf zehn Jahre Ehrverlust erkannt. Der Antrag der Verteidigung, Hein zur Untersuchung seines Geisteszustandes in eine Irrenanstalt zu überweisen, wurde abgelehnt. Die in Koburg über Hein verhängte Zuchthausstrafe wurde in die obige Strafe einbezogen. Eine Zusammenziehung der heute über Barm verhängten Zuchthausstrafe mit der in Belmar verhängten Strafe wird später erfolgen.

Das Internationale Schachturnier.

Im Internationalen Großmeisterturnier zu Berlin wurden gestern alle Hängepartien erledigt. Marzschall verlor gegen Rimzowitsch 1, die Partien Capablanca—Spielmann, Dr. Tartakow—Reti, Spielmann—Rimzowitsch und Reti—Marzschall endeten remis. Stand nach der fünften Runde: Capablanca und Spielmann je 3, Rimzowitsch und Dr. Tartakow je 2 1/2, Reti 2, Rubinstein 1 und Marzschall 1/2. Die sechste Runde wird am Donnerstag von 1—1/2 Uhr gespielt.

Ausstellung der Naturfreunde-Photographen. Im Buchgewerbejaal, Dreilindstr. 5 (am U-Bahnhof Kreuzberg), findet bis zum 15. November die Jahresausstellung der Photographen des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ statt. Sie ist bei freiem Eintritt geöffnet werktags von 9—20 Uhr, ab 1. November bis 18 Uhr, Sonnabends von 9—14 Uhr, Sonntags von 10—13 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

- Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**
Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seckelstr. 27/28, Tel. 2 27.
Mittwoch, 17. Oktober, 8 Uhr, Jungmann, 20 Uhr, Besprechung im Deutschen Zeit. Kreisrat.
Donnerstag, 18. Oktober, 19 Uhr, Besprechung im Deutschen Zeit. Kreisrat.
Freitag, 19. Oktober, 19 Uhr, Besprechung im Deutschen Zeit. Kreisrat.
Freitag, 19. Oktober, 19 Uhr, Besprechung im Deutschen Zeit. Kreisrat.
- Freie Schulschule.** Donnerstag, 18. Oktober, 20 Uhr, Preis- und Preisverleihung im Deutschen Zeit. Kreisrat.
- Freie Schulschule.** Donnerstag, 18. Oktober, 20 Uhr, Preis- und Preisverleihung im Deutschen Zeit. Kreisrat.

Sport.

- Renner zu Hoppegarten am Dienstag, dem 16. Oktober.**
1. Rennen. 1. Postmeister (Hoff), 2. Heiderich (Hinz), 3. Rabein (Höhlke). Toto: 21:10. Platz: 11, 15, 11:10. Ferner liefen: Sonne, Kraber, Burgbrohl, Colibri.
2. Rennen. 1. Surba (D. Müller), 2. Wajall (D. Schmidt), 3. Schloßbaum (Williams). Toto: 94:10. Platz: 24, 15, 65:10. Ferner liefen: Sonntagmorgen, Mike, Götter, Tantor, Dajfen, Korjana, Wiesbaden, Nacht am Rhein.
3. Rennen. 1. Oberwinder (Larraz), 2. Dornstall (Berga), 3. Teufel (Stabf). Toto: 11:10. Platz: 10, 11:10. Ferner lief: Kinnch Roland.
4. Rennen. 1. Kienberg (Harr), 2. Wolke (Hagen), 3. Volk (Wier). Toto: 207:10. Platz: 58, 44, 26:10. Ferner liefen: Loret, Silberstein, Löwenberg II, Barbar, Frankonia, Farno, Fockenhof, Amber.
5. Rennen. 1. Postkoffer (Hagen), 2. Wastad (D. Schmidt), 3. Gumbel (Jasch). Toto: 14:10. Platz: 10, 10:10. Ferner lief: Erdregele.
6. Rennen. 1. Mondnacht (Dorf), 2. Bad London (Harr), 3. Glampad (D. Schmidt). Toto: 58:10. Platz: 28, 45, 35:10. Ferner liefen: Szegeb, Düris, Himalaya, Cortolan III, Kislauer, Lotrona, Koftra.
7. Rennen. 1. Ana (Kreuz), 2. Pandluff (Hagen), 3. Pale (Sajdis). Toto: 18:10. Drei liefen.

Die stielteigige Verwendbarkeit der Sunlight-Seife im Haushalt ist für die Hausfrau außerordentlich wertvoll. Daß ihre Güte, Reinheit und Ergiebigkeit eignet sich Sunlight-Seife für alles; für die große Hauswäsche, wie für Wäsche, Farbige und feine Gewebe, vor allem aber auch für alle Gerüche, überflüssige Fettsäuren, Öle und Wädel. Es ist bewiesen, daß reine gute Seife das beste und schonendste Waschmittel ist; auch zum Reiben, Glätten und Bänderwaschen gibt es kaum etwas Besseres als Sunlight-Seife mit ihrem milden, süßlichen Saum, ihrem reinen Duft und ihrer vorzüglichen Reinigungsstärke.

STAATL. FACHINGEN
Naturliches Mineralwasser
Zur **Gesundhaltung!**
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 1
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 8260-61



Der Generalstreik in Lodz.

Drohende Ausdehnung auf ganz Polen.

Warschau, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

Am zweiten Tage wurde der Lodzer Generalstreik ebenfalls mit unverminderter Schärfe durchgeführt. Ruhe und Besonnenheit kennzeichnen ihn auf Seiten der Arbeiter, Unnachgiebigkeit auf Seiten der Industriellen. In Lodz und Umgebung kam es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen streikenden Arbeitern und Polizei. In dem Nachbarort Pabjanice wurde die 40 Mann starke Streikkommission verhaftet, als sie die Streikbrecher zur Arbeitsablegung veranlasste. Am Donnerstag findet auf Veranlassung des Arbeitsministers eine gemeinsame Konferenz der Textilarbeiter und Industriellen statt. Die Aussichten auf Einigung sind jedoch gering.

Th. L. Lodz, 16. Oktober. (Eigenbericht.)

In der Halbmillionenstadt, dem „polnischen Manchester“, der Stadt der 40 000 Fabriken und Betriebe, stehen alle Räder still. Der Generalstreik, von den Gewerkschaften von 20 Branchen für Unterstützung der nun schon seit zehn Tagen streikenden Textilarbeiter proklamiert, ist bereits am ersten Tage

In vollem Umfange durchgeführt

worden. Die Lodzer Bürger atmen wieder einmal freie, von feinen Rauchschwaden durchsetzte Luft ein, sämtliche Geschäfte, Bureaus, Kaffees, Restaurants, Theater, Kinos sind geschlossen, Straßenbahn, Taxi, Pferdewagen sind auf den Straßen nicht zu sehen, die im Stadtzentrum einen fast feierlichen Charakter angenommen haben.

Ruhe so für die Arbeiter, nicht in den Arbeitervertretern. Erregte Massen stehen vor den Verhandlungsstolen, disputieren erregt über den Streik, warten auf Neuigkeiten.

Die Industriellen, vor persönlicher Gefahr durch die in Massen streikende konzentrierte Polizei und die Bereitschaft der Garvion geschickt, sind über den Textilarbeiterstreik fast nicht unzufrieden. Die chronische Ueberproduktion, das Fehlen an geeigneten Abgabegebieten (Lodz arbeitete vor dem Kriege für das preislos ausnahmefähige Russland, das heute für den polnischen Export völlig gesperrt ist), auch die nicht günstige augenblickliche Konjunktur machen eine zeitweilige Unterbrechung in der Produktion nicht gerade unwillkommen. Und so lehnen die Industriellen daher kategorisch jede weitere Lohnerböhung ab. Auf diese Weise nimmt der Streik der Textilarbeiter immer mehr

den Charakter einer Aussperrung an.

Der Generalstreik ist mit bewundernswerter Solidarität durchgeführt worden, die den Einfluss, den die sozialistischen Gewerkschaften im Laufe des zweijährigen arbeiterfeindlichen Pilsudski-Regimes gewonnen haben, mit aller Deutlichkeit aufzeigt. Die sogenannten „christlichen“ und „polnischen“ Arbeiterverbände konnten bei Ausgabe der Streikparade durch die sozialistischen Führer nicht anders, als einfach mituntun. 300 000 Arbeiter in Lodz und Umgebung haben die Arbeit niedergelegt, an der Spitze

die sozialistischen Bürgermeister und die gesamte Stadtverwaltung in Lodz. Nur der Oberbürgermeister und der Leiter der

Abteilung für soziale Fürsorge, gleichfalls Sozialist, amüsiert weiter, um die Unterstützungsaktion für die Streikenden zu leiten. Am ersten Tage des Generalstreiks, dessen Dauer nicht abzusehen ist, hat die Lodzer Stadtverwaltung, die sich, in den Händen der polnischen, deutschen und jüdischen Sozialisten befindet, 5000 Broie und 20 000 warme Mittagessen sowie 10 000 Frühstücke für die Kinder der streikenden Textilarbeiter zur Verteilung gebracht.

Der Generalstreik wird mit aller Schärfe geführt. Streikbrecher sind fast gar nicht zu verzeichnen. In den Hospitälern und den Krankenhäusern sind bloß die Abteilungen für ganz dringende Fälle und für Wöchnerinnen tätig. Die Streikkommission, die aus 15 Vertretern der einzelnen Gewerkschaften besteht, hat

auch die Zeitungsleiter

zum Streik verpflichtet. Nur ein von der Kommission herausgegebenes Flugblatt informiert die Arbeitermassen über den Verlauf. Die Halbmillionenstadt scheint wie von der Welt abgeschnitten zu sein. Keinerlei Eisenbahn- oder Postsendungen werden verladen, da auch die Transportarbeiter sich dem Streik angeschlossen haben. Das Telephonamt stellt nur die amtlichen Verbindungen her. Das Telephonamt ist von Militär umstellt worden, das die Beamten an dem Verlassen des Gebäudes hindert.

Unter diesen Umständen ist mit einem baldigen Ende des Streiks nicht zu rechnen. Bei eher muß die Möglichkeit einer Ausdehnung des Generalstreiks auf ganz Polen in Betracht gezogen werden.

Reform des Schlichtungswesens.

Die Verbindlich'eiserklärung soll bleiben.

Am Dienstag fand im Reichsarbeitsministerium die schon seit langem angekündigte Schlichtungskonferenz statt. Vertreten waren die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, der Industriellen und der Unternehmer des Handels. Nachdem die Vertreter der Organisationen ihre Auffassung über die Schlichtungsfrage zum Ausdruck gebracht hatten, sagte der Reichsarbeitsminister das Ergebnis der Konferenz dahin zusammen, daß die Berechtigung und der Nutzen des Schlichtungswesens von allen Parteien eindeutig und uneingeschränkt anerkannt worden sei. Die Unternehmer hätten ihre Tarifwilligkeit zu erkennen gegeben und sich damit zu der im Artikel 165 der Reichsverfassung festgelegten gleichberechtigten Mitwirkung der Angestellten und Arbeiter bei der Regelung der Arbeitsbedingungen bekennt.

Eine Beseitigung der Verbindlich'eiserklärung und eine Aenderung der Schlichtungsordnung sei von keiner Seite beantragt worden. Um einzelne Mängel des Schlichtungswesens zu beseitigen, wäre es vielleicht angebracht, den Begriff „öffentliches Interesse“ etwas schärfer zu fassen und strengere Voraus-

setzungen für ein Eingreifen der amtlichen Schlichtungsorgane von Amts wegen festzulegen. Evidente Vernehmungen vor den Schlichtungsausschüssen seien mit dem Wesen dieser Institution unvereinbar. Begrüßenswert sei dagegen der Vorschlag, die amtlichen Schlichtungsorgane völlig auf das Reich überzuführen.

Beamte und Angestellte öffentlicher Betriebe.

Vertretertag des Reichsbundes.

In Stuttgart wurde kürzlich der 1. Reichsvertretertag des Reichsbundes der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen abgehalten. Nach dem von Stetter, dem Vorsitzenden des Reichsbundes erstatteten Geschäftsbericht betrug die Mitgliederzahl Ende 1927 rund 15 000. Im Laufe des Geschäftsjahres 1928 ist sie weiter gestiegen.

Professor Dr. jur. Luz Richter-Leipzig sprach über das Thema „Warum und in welcher Weise Verwaltungs- und Verfassungsreform?“ Die zu diesem Tagesordnungspunkt angenommene Entschließung besagt u. a., daß die Beamten und Behördenangestellten von der Reichsregierung eine beschleunigte Fortführung der Arbeiten zur

Beseitigung der Viel- und Kleinstaaterei

und damit Errichtung des deutschen Einheitsstaats auf republikanisch-demokratischer Grundlage fordern. Für den Ausbau des Einheitsstaats sei in erster Linie auch die Schaffung einer Reichsstadtordnung und eines Beamtenrechts, aufgebaut auf die Verfassungen der Weimarer Verfassung, erforderlich.

In der Dienstzeitfrage der Beamten und Angestellten verlangte der Vertretertag Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, Aufhebung der Verordnung vom 13. Januar 1924 und Wiedereinführung einer täglichen Höchstdienstzeit von 8 Stunden bzw. 48 Stunden pro Woche.

Ministerialrat Stuttgart sprach über die Beamtenrentenfürsorge. Die hierzu angenommene Entschließung lehnt das heutige System der Rentensubventionen als entwürdigend ab und fordert die

Schaffung einer reichsgerichtlichen Beamtenrentenfürsorge

auf der Grundlage einer reichsgerichtlichen Versicherungspflicht. Die Entschließung besagt ferner, daß die Beamtenrentenversicherung aus materiellen wie verwaltungstechnischen Gründen zweckmäßigerweise mit der reichsgerichtlichen Krankenversicherung in Verbindung zu bringen ist.

Ueber Beamtenbesoldung und Beamtenrecht referierte Reuter-Berlin. Hierzu wurde ebenfalls eine Entschließung angenommen, die eine grundlegende Reform der Besoldungsgehalte und Besoldungsordnungen, sowie Erfüllung der gegebenen Zusage auf Neuauflistung des Ortsklassenverzeichnisses fordert.

Bei der Beratung und Beschlußfassung über das neue Programm des Reichsbundes wurde nach Abnahme des Programmtextes ein aus 20 Vertretern und 20 Stellvertretern bestehender Reichsausschuß nach den Vorschlägen der Wirtschaftsbezirke des Gesamtverbandes gebildet, der mindestens einmal jährlich zur Beratung der Reichsleitung zusammentritt. Damit war die Arbeit des Reichsvertretertags beendet.

TTYP 4



Typ 4, die neue 4-Pf.-Zigarette, ist ein Beweis, daß der niedrige Preis für die Greiling A.G. kein Hindernis ist, die Güte einer 4-Pf.-Zigarette so zu heben, daß sie selbst Raucher höherer Preislagen befriedigt. Das ist nur durch Anwendung modernster Arbeitsmethoden und durch die dauernde Umsatzsteigerung der Greiling-Zigaretten möglich. Die neue Typ 4, hergestellt aus ausgesuchten Xanthi-Samsoun-Tabaken, überrascht durch besondere Milde und durch köstliches Aroma. - Bedeutungsvoll ist, daß diese Zigarette auch mit dem neuen gesetzl. gesch. Edelweiß-Mundstück geliefert wird, das bisher den Greiling-Zigaretten höherer Preislage vorbehalten war. Keine Zigaretten-Fabrik in Deutschland kann diese Zigarette nachahmen.

GREILLING

Nachrichtenmonopol.

Ein Nachwort zur Zeppelinfahrt.

Wir haben darauf hingewiesen, daß der Verkauf des Nachrichtenmonopols für die Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“ an drei Großkonzerne zu standhaften Zuständen geführt hat. Unsere Kritik steht nicht allein. Wir lesen in der „Germania“:

„Manches Bemerkungen mit einigen Zeitungskonzernen, darunter in Deutschland Scherl (Hugenberg) und Illstein, haben diesen die alleinige Veröffentlichung von Berichten über die Fahrt überantwortet; nur die Blätter dieser Konzerne können ihren Lesern von Einzelheiten der großen Fahrt erzählen. Alle anderen haben zu schweigen, die Leser aller anderen Zeitungen haben nichts zu erfahren! Jetzt ist das Luftschiff glücklich am Ziel angekommen, und alle Welt wartet darauf, Näheres über die Fahrt zu hören. Da aber greift wieder das um hohe Preise und Dollarsummen erkaufte Monopol ein, und acht Tage lang darf niemand der Fahrt näheres erfahren! Nicht Herr Brandenburg, der Vertreter des obersten deutschen Ausißbühnde, nicht Herr Minister Grzesinski, der als Vertreter des Reichsrats mitflog!

Wir stellen einige Fragen: Waren Bau und Fahrt des „Graf Zeppelin“ eine Angelegenheit des Großkapitals und der Plutokratie oder des ganzen Volkes, das seine Groschen für Zeppelin-Erdener-Spende brachte und keine Steuern zahlte, aus denen große Summen via Verkehrsministerium dem Reichs-Telegraphenbureau, das alle deutschen Zeitungen bedient, zur Verfügung zu stellen? War es nicht möglich, etwa lebende Kabel auf andere Weise heranzuführen? Konnte man nicht ein großes Telegraphenbureau, das alle deutschen Zeitungen bedient, mit der Berichtserstattung beauftragen? Haben sich u. a. auch die Herren Brandenburg und Grzesinski, die man doch wohl als Vertreter des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes ansprechen darf, den Mund verbinden lassen?“

Unsere Leser wissen, daß Genosse Grzesinski sich nicht den Mund hat verbinden lassen. Herr Brandenburg jedoch hat alle Auskünfte unter Hinweis auf die Verpflichtungen aus dem Monopol abgelehnt.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Zu sagen aber ist, daß der „Vorwärts“ mit seinen Beschwerden recht hat und daß die großen amerikanischen Zeitungen schamhaft recht haben, wenn sie finden, das Handelsgeheimnis, das mit der Reise des „Graf Zeppelin“ verbunden wurde, gehe über die Grenzen des Heilichen und Zulässigen hinaus. Wäre das Nachrichtenmonopol von der Zeppelin-Expedition vernünftig abgeschlossen und von den Reisenden mit Takt und Maß ausgeübt worden, so hätte man das, wie in anderen Fällen, hingenommen. Aber auf der Seite der Zeppelin-Gesellschaft hat es zum mindesten an psychologischer Einsicht und auf der anderen Seite hat es an Takt und an Verständnis für die deutschen Interessen gefehlt. Die deutschen Reichsbehörden, die erst jetzt erkannte haben, wie sehr besonders in Amerika, aber auch in der ganzen übrigen Welt, tonlos „Geschäftsgeheimnis“ den Eindruck eines trotz Unfällen und Zwischenfällen großartigen Unternehmens auszuwirken, werden nun bestrebt sein, dafür sorgen, daß eine Wiederholung solcher Zustände verhindert wird.“

Die „Kölnische Zeitung“ endlich schreibt:

„Da das gesamte deutsche Volk zu dem Luftschiff beigetragen hat, hätte man in diesem Falle wenigstens einen besseren Weg zu finden müssen, um die Willkür der und das Interesse aller zu befriedigen.“

Das Monopolverbrechen ist auch ein bedeutender Verstoß, das selbständige Recht der Öffentlichkeit und der Presse als Vermittlerin der Nachrichten einzuschränken, wenn nicht zu unterbinden.“

Der Skandal ist um so größer, als Dr. Cöener nach der Deutschlandfahrt auf eine Anfrage dem Sozialdemokratischen Pressedienst mitteilte, daß nicht der finanzielle Gewinn in erster Linie für die Vergeltung des Nachrichtenmonopols bestimmend gewesen sei!

Freudig begrüßt . . .

Deutschnationales Bekenntnis zur Parteijustiz.

Zu dem hier veröffentlichten Rundschreiben des deutschnationalen Ausschusses des Volks, der Sozialdemokraten und Kommunisten vom Schöffen- und Geschworenengericht in die Schliche, daß möglichst viel Deutschnationales in die Parteijustiz hineingehört will, nimmt die „Deutsche Zeitung“ Stellung. Wer irgendem — noch so leises — Äußernd von diesen Justizverfahren ermahnt hat, sieht sich entzündet. Das deutschnationalste Organ billigt vollständig die Auswahl der Parteijustiz nach deutschnationalen Parteigesichtspunkten, denn es heißt:

„Es kann nur freudig begrüßt werden, daß von nationalen Kreisen Maßnahmen ergriffen werden, die auf eine

Reinhaltung der deutschen Rechtsprechung von marxistischem Unrat

hinzelen. Der Fleck der Wiener Geschworenengerichte, die dem der verbrecherischen Tätigkeit der Wiener roten Machthaber zu reinen Parteigerichten herabgesunken sind, dürfte als warnendes Beispiel dienen.“

Ein Wiener Geschworenengericht hat bekanntlich die Schattenröcker Mörder freigesprochen, was den Ausbruch der Unruhen im vergangenen Jahr zur Folge hatte. Ob die „Deutsche Zeitung“ bei ihren Ausfällen gegen die Wiener Justiz dieses Urteil gemeint hat? — Im übrigen wird man sich die Versicherungen des deutschnationalen Blattes, das schon seit Jahren jedes ihm unangenehme Urteil gegen Fremden, Friedhöfshändler usw. als „Scharhülft“ zu bezeichnen pflegt, genau einzuprägen haben. Das ewige Geuluster der Deutschnationalen, daß sie eine unparteiliche Justiz erstreben, wird durch solche Versicherungen in das rechte Licht gerückt. Kröfter kann die Heuchelei nicht zutage treten!

Vortschritt in Luxemburg.

Stimmengewinn der Sozialisten.

Luxemburg, 16. Oktober.

Die luxemburgischen Gemeinderatswahlen zeigten in einer Anzahl Industriorte einen Fortschritt der sozialistischen Stimmen, besonders auf Kosten der liberalen Parteien, die nicht überall, besonders nicht in der Hauptstadt Luxemburg geschloffen in den Wahlsympth eintraten, während die Sozialisten mit den kommunistischen Elementen ein stützweises Uebererwinnen hatten. Auch die Unzufriedenheit mit der Forderung zum den Sozialisten zuzugewandt. In d. Hauptstadt arbeiten die Sozialisten mit den ihnen verbündeten Dissidenten-Liberalen der radikalen Hand in Hand, um die bestehende liberal-liberale Koalition in der Kammer zu sprengen, was jedoch nicht gelungen ist.

Rakenjammer.



O weh, o weh, mit dieser schlechten Zensur sollen wir vor Papa treten!

Kampf um die Strafmündigkeit.

Sozialdemokratischer Antrag vor dem Ausschuss. / Die Reichsregierung noch unentschieden. / Aussetzung der Beratung.

Der Strafmündigkeitsausschuss des Reichstags nahm gestern zunächst die in den früheren Sitzungen zurückgestellten Bestimmungen über die Strafmündigkeit und die verminderte Strafmündigkeit nach dem vorliegenden Entwurf unanversändert angenommen. Die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge wurden durchweg abgelehnt. In einer Frage wurden sogar noch die Beschlüsse des früheren Reichstages verabschiedet, indem ein deutschnationaler Antrag mit Hilfe des Demokraten Ehlmann angenommen wurde: „Bei Bewußtseinsstörungen, die auf einem unerschuldeten Raufschußstand beruhen, kann die Strafe gemildert werden.“ Nach diesem Beschlusse muß die Strafe also nicht gemildert werden, sondern es hängt die Milderung vom Ermessen des Richters ab, der oft leicht geneigt sein wird, verschuldeten Raufschuß vor allem bei Arbeitern anzunehmen.

Um die Strafmündigkeitsgrenze.

Vor der Entscheidung über den sozialdemokratischen Antrag, die Strafmündigkeitsgrenze von 14 auf 16 Jahre heraufzusetzen, erklärte Reichsjustizminister Koch, daß er davon abstehe, diese Frage jetzt schon zu entscheiden. Soweit es sich um das Kind als Täter bei einer strafbaren Handlung handle, könnten die einschlägigen Fragen erst bei der Beratung des Jugendgerichtsgesetzes erörtert werden. Gerade aber über die Abänderungsvorschläge zu diesem Gesetz fänden erst in zehn Tagen Verhandlungen mit den Länderregierungen statt, vorher könne auch die Regierung zur Herabsetzung der Strafmündigkeitsgrenze nicht endgültig Stellung nehmen. Soweit das Kind als Objekt, d. h. als schutzbedürftiges Wesen in Frage komme, könne die Regelung nicht ebenfalls schon jetzt getroffen werden.

Genosse Saenger richtete die Frage an den Reichsjustizminister, ob beabsichtigt sei, die im Jugendgerichtsgesetz getrafene Regelung einer tiefergehenden Überlegung zu unterziehen und wann die Forderung des Jugendgerichtsgesetzes erfolgen soll, vor allem, wie das Justizministerium sich zur Herabsetzung der Grenze von 14 auf 16 Jahre stelle.

Justizminister Koch erwiderte, daß die im Jugendgerichtsgesetz behandelte Materie im Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch geregelt werden solle. Welche Vorschläge er im einzelnen mache, könne er noch nicht sagen.

Genossin Pfaff sprach ihr Bedauern darüber aus, daß trotz der eingehenden Beratungen im alten Reichstag das Ministerium noch immer nicht zu der so wichtigen Frage der Strafmündigkeitsgrenze Stellung nehmen könne. Für sie stehe diese Frage an Wichtigkeit noch über der Todesstrafe, da die Art, wie man die Jugend behandle, für die ganze Gesellschaft von größter Bedeutung sei.

Ministerialdirektor Bunte hat dringend um Verzögerung der Beratung und die Entscheidung über das Strafalter, da man sich jetzt mit den Einzelheiten des Jugendgerichtsgesetzes, solange ein Regierungsentwurf nicht vorliegt, fruchtbringend doch nicht beschäftigen könne.

Der Ausschuss beschloß sodann, die mit der Strafmündigkeitsgrenze zusammenhängenden Fragen und Entscheidungen bis zur Beratung des Jugendgerichtsgesetzes auszusetzen.

Volksbühne.

„U-Boot C. 4“ von Günther Weisenborn.

Untergang eines amerikanischen U-Bootes, sechs erstickte Matrosen am Schluß. London: Der Krieg gegen den kommenden Krieg. Die Internationale als Sterbegefängnis. Starke Teilnahme der am Sachlichen der Ereignisse beteiligten Zuschauer. Darum starker Beifall für den 20jährigen Dichter, dessen erstes Stück aufs Theater gelangte.

Vorsatz und Fahrlässigkeit

Der Ausschuss beschäftigte sich dann mit den Fragen des Vorsatzes und der Fahrlässigkeit. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte insbesondere Streichung der Bestimmungen, die den dolus eventualis im Gesetz verankern wollen.

Genosse Dr. Rosenfeld hob zur Begründung des Antrages hervor, daß gerade die Handhabung des dolus eventualis in politischen Verhältnissen häufig zu scharfer Kritik Anlaß gegeben habe. Als Marsander (Kamm) schloß sich dem sozialdemokratischen Vorschlag an; er wies darauf hin, daß ein kommunistischer Redakteur, der während seiner Ferien nach Afrika gereist sei, für einen Artikel bestraft worden war, der in seiner Unvorsichtigkeit erschienen sei.

Staatsanwalt Ebermeyer erklärte an, daß in diesem Urteil eine Ueberspannung des dolus eventualis vorliege, trotzdem könne dieser nicht entbehrt werden.

Genosse Landsberg erwiderte, daß der Fall des kommunistischen Redakteurs haarsträubend sei. Dieses Urteil zeige klar, daß man eben unter allen Umständen habe verurteilen wollen.

Bei der Abstimmung wurden die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

§ 22 des Entwurfs schlägt vor, daß auch der Prajbar ist, der es unternimmt, einen Erfolg abzuwenden, wenn er rechtlich verpflichtet ist, den Eintritt des Erfolges zu verhindern. Wer durch sein Tun die Gefahr herbeiführt, daß ein bestimmter Erfolg eintritt, soll verpflichtet sein, ihn abzuwenden.

Genosse Rosenfeld begründet den sozialdemokratischen Antrag auf Streichung dieses Paragraphen. Er macht darauf aufmerksam, daß jeder, der zu einer Demonstration auffordere, bei der es zu strafbaren Handlungen komme, nach dieser Bestimmung verurteilt werden könne. Eine so gefährliche Bestimmung müsse aus dem Gesetz verschwinden.

Ministerialdirektor Bunte erklärte an, daß § 22 große Bedenken habe und daß eine zu weit gehende Ausdehnung des § 22 Gefahren in sich birge, die vermieden werden müßten.

Bei den Abstimmungen wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Die Frage der Notwehr.

Bei den Bestimmungen über die Notwehr lag ein sozialdemokratischer Antrag vor, nach welchem es nicht im Ermessen des Richters stehen sollte, ob ein Täter, der die Grenzen der Notwehr überschritt, milder bestrafe, dies vielmehr unter allen Umständen erfolgen müsse.

Genosse Saenger begründete den Antrag mit dem Hinweis darauf, daß ein Täter, der in der Notwehr zu weit gegangen sei, unter allen Umständen eine geringere Schuld auf sich geladen habe als jemand, der ohne Veranlassung mit dem Gesetz in Konflikt geraten sei.

Bei der Abstimmung wurde dieser Antrag angenommen. Bei den Abstimmungen über den Entwurf lag ein Antrag des Zentrums vor, jede härtere Bestimmung zu vermeiden und nur zu sagen, wer in Notwehr handelt, ist straflos.

Ministerialdirektor Schörrer erhob gegen diese Formulierung Bedenken.

Die Beratung wurde dann auf morgen vertagt.

Chinesenfeme in USA.

Sieben Morde.

London, 16. Oktober.

In verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten sind am Sonntag sieben Chinesen ermordet worden. Drei von ihnen wurden in den Straßen Chicagos erschossen, die übrigen in New York, Philadelphia und Washington. Es besteht eine chinesische Vereinerung, die von Zeit zu Zeit geheime Racheakte ausführt läßt. Die Organisation hat in China wie im Auslande eine große Anzahl Anhänger.

Maschine Photograph.

Produktionsmonopol für Siemens & Halske.

Wir leben in einer Zeit, wo auf allen Gebieten die qualifizierte Arbeitskraft durch die unqualifizierte ersetzt wird: es ist die Maschine, die in immer größerem Umfang die menschliche Qualifikation überflüssig macht. Die ganze Entwicklung des Kapitalismus zeigt diesen Vorgang immer aufs neue. Eine wichtige Etappe der letzten Zeit ist die Mechanisierung solcher Tätigkeiten, die Kulturbedürfnissen dienen und deren Ausübung ehemals eine Kunst war. Da ist erstens das Kino. Nicht mehr 1000 Schauspieler braucht man für 100 Theater, es genügen 10, die in einem Film aufstehen, und dieser Film läuft in 100 oder 1000 Kinos. Der Kinodirektor ist äußerlich Vornhmer, aber in Wirklichkeit oft weniger als ein Schmierendirektor, er braucht keine Rolle zu übernehmen, seine Regie zu führen, er braucht überhaupt kein einziges Talent zu haben; sein Geld genügt. Für das Geld bekommt er seinen Projektionsapparat und seine Filme und auch die unentbehrliche Kapelle. Wie lange wird es solche Kinoskapellen noch geben? Solange, bis sie durch den Tonfilm verdrängt sein werden; dann bedarf es keiner Klavier-Spieler und Geiger mehr: es genügt für einen Film, der in Hunderten von Theatern läuft, eine einzige Kapelle — die Wiedergabe der Musik geschieht mechanisch.

Eine Etappe in dieser Entwicklung ist auch der mechanisierte Photograph. Daß hier durch eine maschinelle Einrichtung der Berufsphotograph geschädigt und teilweise verdrängt wird, ist also nichts Besonderes. Interessant aber und für die gegenwärtige kapitalistische Entwicklung bezeichnend ist folgende Tatsache: Vor nicht langer Zeit — es sind wohl noch nicht zwei Jahre her — wurde die Erfindung gemacht — und heute steht bereits der Apparat in New-Yorker, Londoner und Berliner Warenhäusern. Noch vor einem Jahr war die Erfindung in Europa unbekannt, heute existieren riesenhafte Unternehmungen, deren Kapitalkraft viele Millionen beträgt und deren Interessen fast den ganzen Erdball umspannen. Die Glühbirne, der Telegraph, das Telefon, die elektrische Bahn, auch der Kinetograph haben Jahre und Jahrzehnte gebraucht, ehe sie marktfähig wurden und internationale Anerkennung gewannen. Heute werden brauchbare Erfindungen, wenn ein reichlicher Gewinn von ihnen zu erwarten ist, wesentlich schneller als früher in die Wirklichkeit umgesetzt.

Es war ein Russe namens Josepho, der als erster eine Photographiermaschine, die den Photographen überflüssig macht, konstruiert hat. In einem New-Yorker Restaurant — der Mann lebt in New York! — stellte er diesen Apparat auf. Es dauerte nicht lange, bis kapitalistische Kreise, die hier letzte Gewinne ziehen

sich für die Sache interessierten. Eine Gesellschaft wurde ins Leben gerufen, die Photomaton Inc. in New York, die diese neue Erfindung monopolisierte und dem

Erfinder eine Million Dollar für das Patent gezahlt haben soll.

Heute ist diese Photomaton Inc. nur eine von einer ganzen Reihe Photomaton-Gesellschaften. Zunächst wurden in England mehrere Firmen ins Leben gerufen, so die Par Eastern Photomaton Corporation, die Western Photomaton Corporation, die Photomaton Parent Corporation, vor kurzem entstand dann die Deutsche Photomaton-Gesellschaft als weitere Tochterfirma und gleichzeitig die Photomaton de France. Weiterhin wurde in Belgien die Société Continentale Photomaton mit 285 Mill. belgischer Franken gegründet, die die Tochtergesellschaften des europäischen Kontinents kontrolliert und die die Patentrechte für Deutschland, Frankreich, Desterreich, die Schweiz, Holland, Belgien, Luxemburg, Ungarn, die Tschechoslowakei, die Balkanstaaten, die Nordstaaten, Polen usw. ausübt.

Schon die Kapitalhöhe spricht dafür, daß das neue Unternehmen durchaus ernst zu nehmen ist. Dafür spricht auch die Verbindung mit einer Anzahl großer Kapitalgruppen. Die Banken, die an diesen Gründungen beteiligt sind, sind durchweg Privatbanken von internationalem Rang. Wir finden z. B. das Bankhaus Speyer-Ellissen und die englisch-indische Bankfirma E. D. Sassoon u. Co. usw.

Die Fabrikation der Apparate ist für die ganze Welt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, auf Siemens u. Halske übertragen worden.

Dieser neue Fabrikationszweig ist so groß, daß Siemens hierfür eine neue Abteilung eingerichtet hat, wo 1500 Arbeiter den Apparat in Serienfabrikation herstellen. Etwa zwei Drittel der Erzeugnisse sind für den Export bestimmt. Gegenwärtig werden hier etwa 200 Apparate monatlich fertiggestellt. Die optische Einrichtung ist der bekannten Rathenower Firma Emil Busch A.-G. übertragen worden.

Der Wert eines einzigen solchen Apparates wird auf etwa 20 000 M. angegeben. Der Jahresumsatz würde sich demgemäß auf etwa 50 Millionen Mark belaufen.

Wie hoch sind die Gewinne?

In Amerika rechnet man mit einem durchschnittlichen Reinertrag von 5000 Dollar, also rund 20 000 M. pro Apparat. In England sollen die Apparate eine durchschnittliche Einnahme von 90 englischen Pfund wöchentlich gebracht haben, das wären jährlich

sogar 90 000 M. In Deutschland sind bisher erst 16 Apparate aufgestellt worden, die Erwartungen der Unternehmer sollen bei weitem übertraffen worden sein, und die finanziellen Perspektiven sind, wie verlautet, glänzend. Derartig glänzende Geschäfte beruhen im allgemeinen immer zum Teil auch darauf, daß eine Konkurrenz für sie noch nicht existiert. Daß nun aber doch bereits Konkurrenz auf diesem Gebiet aufgetaucht sind, muß den Photomaton-Kapitalisten zweifellos unangenehm gewesen sein.

Eine Konkurrenzgesellschaft ist insbesondere die in England gegründete Posograph Parent Corporation, die über ein Aktienkapital von 300 000 englischen Pfund (6 Millionen Mark) verfügt. Auch dieser Apparat stellt für 1 Schilling, d. h. für etwa 1 Mark, acht kleine Photographien in wenigen Minuten her. An der Gründung waren eine Anzahl bekannter englischer Großbanken beteiligt. Es wird mit einem jährlichen Reingewinn von 250 000 englischen Pfund, d. h. rund 3 Millionen Mark, gerechnet. Gegen diese Posograph-Gesellschaft hat die Photomaton-Gruppe bereits ein Rechtsverfahren wegen „unlauteren Wettbewerbs“ eingeleitet.

Ein drittes Unternehmen dieser Art ist die ebenfalls englische Photo-Matic Portraits Ltd. Hier handelt es sich um einen Apparat, der in wenigen Minuten für 50 Pf. drei Photographien in Postkartengröße automatisch herstellt. Der Erfinder des Apparats erhielt 60 000 englische Pfund, d. h. 1,2 Millionen Mark in Aktien der neugegründeten Gesellschaft sowie 100 000 M. in bar. Das Kapital der Gesellschaft beträgt zurzeit nur 120 000 englische Pfund, sie rechnet jedoch mit einem jährlichen Gewinn von 136 000 Pfund, d. h. mehr als 2,7 Mill. Mark. In einem englischen Seebad soll ein solcher Apparat bereits mit sehr großem finanziellen Erfolg gearbeitet haben.

Die Berufsphotographen.

Wahrscheinlich wird sich im Laufe der Zeit die Konkurrenz auf diesem Gebiet noch vergrößern. Daß die Berufsphotographen all diesen Verfahren feindlich gegenüberstehen, ist selbstverständlich; ebenso klar ist es aber auch, daß der Photographen-Automat in absehbarer Zeit für die Berufsphotographen zu einer sehr fühlbaren Konkurrenz werden wird. Abgesehen davon bringen die neuen Verfahren auch noch andere Auswertungsmöglichkeiten mit sich. Dadurch, daß überhaupt kein Negativ hergestellt wird, daß durch die neuen Methoden die schon seit Jahren bekannte Schnellphotographie wiederbelebt und nun erst praktisch bedeutungsvoll wird, ermöglicht sich beispielsweise eine viel schnellere Uebermittlung von Photographien als bisher. Insbesondere in Verbindung mit dem Bildfunk kann das von großer Wichtigkeit werden. Beispielsweise ist es technisch durchaus möglich, daß ein Flugzeug von irgendeiner Katastrophe, einer großen Massenversammlung usw. eine Aufnahme macht und sie sofort auf drahtlosem Wege einer Empfangsstation übermittelt.

Alles in allem: der mechanisierte Photograph ist nicht nur eine Augenblicksensation, er ist vielmehr eine durchaus ernstzunehmende Erscheinung und ein charakteristisches Merkmal für den Stand der gegenwärtigen technischen und kapitalistischen Entwicklung. —h.

Wie die Alten sangen..



*Wohnt Euch fertig,
wäre ganz zum
Kindertag
zu*



Oranienstr.40 Chausseestr.113 Königstraße33
Am Oranienplatz Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Herren- bzw. Knaben-Kleidung in den beiden Geschäften: Königstr. / Chausseestr.

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

Ausfuhr deutscher Fahrräder.

Gute Entwicklung seit zwei Jahren.

Die Entwicklung des Auslandsabfahres der deutschen Fahrradindustrie zeigt in den letzten Jahren ein bemerkenswert günstiges Bild. Die Ausfuhr von Fahrrädern und Fahrradteilen ist in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres dem Werte nach um ein Drittel gestiegen, nämlich um 10,8 Mill. auf 45,8 Mill. RM. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß auch das Jahr 1927, wie aus nachfolgender Tabelle ersichtlich ist, eine nennenswerte Exportsteigerung aufzuweisen hatte.

Ausfuhr von	Januar bis August		
	1926	1927	1928
Fahrrädern, Stück . .	83 313	121 094	178 890
Fahrradteilen, dz . .	88 183	111 826	147 860

Der Export fertiger Fahrräder, auf den nur ein Viertel des gesamten Auslandsabfahres der Industrie entfällt, hat im laufenden Jahre um nahezu die Hälfte zugenommen. Diese Exporterfolge sind zu einem erheblichen Teile der günstigen Entwicklung des Absatzes in Ungarn und Rumänien zuzuschreiben. Diese beiden Länder sind die weitaus wichtigsten Abnehmer fertiger Fahrräder. Die Ausfuhr nach Ungarn ist gegenüber 1927 um fast 40 Proz. und nach Rumänien um fast 70 Proz. gestiegen. Aber auch nach allen anderen Absatzmärkten sind beträchtliche Exportsteigerungen zu verzeichnen. So hat insbesondere die Ausfuhr nach den Randstaaten und nach Niederländisch-Indien sowie China und Sibirien zugenommen. Die Umsatzziffer, die im Vorjahre in der Handelsstatistik als Abnehmer überhaupt nicht genannt wurde, hat in diesem Jahre 5112 Fahrräder aus Deutschland bezogen.

Die Ausfuhr von Fahrradteilen ist, wie bereits erwähnt, finanziell wesentlich wichtiger als der Export fertiger Fahrräder und hat zum Teil auch eine ganz andere Richtung. Der wichtigste Absatzmarkt ist Holland, das in den ersten acht Monaten 38 290 Doppelzentner abgenommen hat gegen 32 081 Doppelzentner im Vorjahre. Die Ausfuhr nach Großbritannien ist gleichfalls gestiegen. Der gesamte Export von Fahrradteilen hat in diesem Jahre um etwas weniger als 30 Proz. zugenommen.

Günstiger Stand der Reichseinnahmen

Das Etats-Gesamt seit April um 66,5 Millionen überschritten.

Die Reichseinnahmen an Steuern und Zöllen betragen im September 1928 bei den Besitz- und Verkehrssteuern 362,9 Millionen Mark, bei den Zöllen und Verbrauchsabgaben 247,9 Millionen Mark, zusammen 610,8 Millionen Mark. Hiervon entfallen auf die veranlagte Einkommensteuer 87 Millionen Mark, auf die Körperschaftsteuer 24,2 Millionen Mark, auf die Umsatzsteuer 26,4 Millionen Mark und auf die Vermögenssteuer 14,2 Millionen Mark. Das Aufkommen aus den drei erstgenannten Steuern ist gegenüber ihrem Beitrag im August 1928 um 28,3 Millionen, 10,9 Millionen und 9,7 Millionen Mark zurückgeblieben, weil im Monat August noch größere Abschlußzahlungen auf Grund der Frühjahrsveranlagung eingingen als im September. Die Einnahme aus der Vermögenssteuer löst sich mit der im August nicht vergleichbar, weil im Monat August Vorauszahlungen auf diese Steuer zu leisten waren, die im September fehlten. Im Juni 1928, dem entsprechenden Monat des

vorigen Rechnungsjahres, belief sich der Beitrag der Vermögenssteuer auf 16,8 Millionen Mark, was mithin um 2,6 Millionen Mark höher als im September.

Von den übrigen Besitz- und Verkehrssteuern hat die Steuer im September mit 129,5 Millionen Mark 4,2 Millionen Mark mehr ebracht als im August; das Gesetz vom 23. Juli 1928 wirkt sich hier erst vom Oktober an aus. Das Aufkommen aus dem Steuerabzug vom Kapitalertrag, bei dem im August noch größere Beträge auf die Versteuerung der im Juli ausgeschütteten Dividenden eingingen, bleibt mit 2,7 Millionen Mark im September um 4,5 Millionen Mark hinter dem Aufkommen im August zurück.

An Zöllen und Verbrauchsabgaben sind im September 8,1 Millionen Mark mehr ausgekommen als im August. An dem Mehraufkommen sind vor allem die Zuckerversteuerung und die Biersteuer beteiligt, bei denen der erhöhte Sommerverbrauch die Steigerung der Einnahmen bedingt, sobald die Einnahme aus dem Spiritusmonopol, bei der sich bereits das Wintergeschäft bemerkbar machte. Die Einnahmen der übrigen Steuern wiesen im September ebenfalls nur die saisonmäßigen Schwankungen auf. Die Zölle haben, wie mit Rücksicht auf die günstige Ernte zu erwarten war, infolge geringerer Getreideinfuhr im September 3,7 Millionen Mark weniger ebracht als im August.

Das Gesamtaufkommen im ersten Halbjahr des laufenden Rechnungsjahres beträgt 4,6 Milliarden Mark; es übersteigt somit die Hälfte des Jahreseinkommens in Höhe von 4,43 Milliarden Mark um 66,5 Millionen Mark. Die Mehreinnahme entfällt mit 45,5 Millionen Mark auf die Besitz- und Verkehrssteuern und mit 21 Millionen Mark auf die Zölle und Verbrauchsabgaben. Unter Berücksichtigung der üblichen Schwankungen des Aufkommens in den einzelnen Monaten besteht begründete Aussicht, daß das Gesamt-Jahreshaushaltsergebnis erreicht werden wird.

Starke Entlastung der Preussenkasse.

Die Bilanz der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse für 1927 wird dem engeren Ausschuss am 24. Oktober und dem Gesamtschuss am 2. November vorgelegt werden. Mit der Veröffentlichung der Abschlußziffern für 1927 wird gleichzeitig der Stand der Preussenkasse zum 30. September 1928 veröffentlicht, der eine wesentliche Entlastung des Instituts aufweisen dürfte.

Gewinnängste beim Stahlwerk Hoesch.

Ein Konflikt und Bilanzsicherung.

Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch, einer der stärksten Außensteller des rheinisch-westfälischen Stahltrüsts, kommt regelmäßig im Herbst als erster großer Stahlfabrikant mit seinem Abschluß für das am 30. Juni beendete Geschäftsjahr heraus. Die Bilanzsicherung für das Geschäftsjahr 1927/28 war zum 15. Oktober angelegt. Jetzt wird überraschend bekanntgegeben, daß diese Bilanz verschoben wurde, ohne daß ein neuer Termin bisher festgesetzt ist.

Es ist ganz klar, daß politische Gründe diese Verschiebung der Bilanzsicherung verursacht haben. Der drohende Konflikt in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie und die Waffenausfuhren lassen es den Direktoren und Aufsichtsräten

von Hoesch ratlos erscheinen, ihre Karten bzw. ihre im letzten Jahre erzielten Gewinne nicht mitten in einer Konfliktzeit aufzudecken. Im letzten Jahr konnte der Hoesch, Langens 8 Proz. und der mit ihm in Interessengemeinschaft arbeitende Rhein-Neueffener Bergwerksverein 9 Proz. Dividende zahlen.

Amerikas Bankkönig gestorben.

Zum Tode Benjamin Strong.

Gestern Abend starb in einem New Yorker Hospital der Gouverneur der Federal-Reservebank von New York, Benjamin Strong, im Alter von 55 Jahren. Strong hat die Gouverneurstelle an der größten amerikanischen Notenbank bereits seit 1914 inne gehabt, jedoch hat er sich erst in den letzten fünf Jahren einen Namen weit über Amerikas Grenzen hinaus gemacht. Seine besondere Bedeutung für Europa gewann er durch sein Eintreten für eine internationale Zusammenarbeit der großen nationalen Notenbanken. Mit dem deutschen Reichsbankpräsidenten Schacht hatte Strong auf diesem Gebiet eng zusammen gearbeitet.

Die Kritik der amerikanischen Wirtschaft in letzter Zeit richtete sich besonders gegen seine Diktatorpolitik, durch die nach der Ansicht seiner Gegner die Spekulationslust an den amerikanischen Börsen ins Ungemessene gestiegen war. Ob jedoch nach dem Tode Strong's ein grundsätzlicher Wandel in der amerikanischen Diktatorpolitik zu erwarten ist, steht noch dahin.

Das Geschäft lag sich 11,5 Millionen um. Die Umsätze der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg beliefen sich in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres auf 315,2 Millionen Mark. Der Rückgang gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahres betrug 33,7 Millionen Mark, das sind rund 10 Prozent. Die Umsätze aus den eigenen Betrieben erhöhten sich um 60,2 Prozent auf 75,8 Millionen. Mit dem in der Berichtszeit erzielten Gesamtergebnis hat die Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine einen Tagesumsatz von rund 1 1/2 Millionen zu verzeichnen.

12 Proz. Legitimationsende. Die Leipziger Spinnfabrik Borch u. Co. in Leipzig-Plagwitz, die in den letzten beiden Jahren 5 und 6 Proz. Dividende zahlen konnte, hat die Aktionärsversammlung für das Geschäftsjahr 1927/28 auf 12 Prozent heraufgesetzt, also fast verdoppelt. Der Reingewinn, der von 108 000 auf 237 000 Mark gestiegen ist, hat sich sogar um das Zweieinhalbfache erhöht. Nach dem Geschäftsbericht hat das Unternehmen das ganze Jahr voll zu tun gehabt, was überwiegend auf die Nachfrage des Inlandes zurückzuführen war. In den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres ist die Gesellschaft weiterhin gut beschäftigt.

Vorkrieg in USA. Während die amerikanische Maschinenindustrie es nach dem Kriege fertiggebracht hat, sich mit ihren Erzeugnissen auf dem ganzen Weltmarkt durchzusetzen, ist es jetzt der Berliner Maschinenfabrik W. Borsig in Lauchhammer gelungen, die amerikanischen Konkurrenz in ihrer ureigensten Absatzdomäne, in den Vereinigten Staaten selbst, zu schlagen. Der Borsig-Werk wurde wegen günstigerer Lieferbedingungen ein Auftrag auf zwei Dampfmaschinen von außergewöhnlicher Größe zu je 6000 PS für einen amerikanischen Stahlkonzern erteilt.

Keine Großbankfusion in Berlin. Die an der Börse umlaufenden Gerüchte über eine Verschmelzung der Mitteldeutschen Creditbank mit der Darmstädter und Reichsbank in Berlin, die auch von einem Teil der Presse aufgenommen wurden, werden von den betreffenden Bankverwaltungen abgestritten. Sowohl die Darmstädter wie auch die Mitteldeutsche Creditbank erklären, daß ihnen von derartigen Verhandlungen nichts bekannt sei.

Photomaton

das neue künstlerische Portrait

Wie das Auto die Grundlagen des Verkehrs, wie Kino und Radio die Grundlagen des Theaters, die drahtlose Telegraphie das Nachrichtenwesen erschüttert haben, so bedeutet **Photomaton** eine Umwälzung auf dem Gebiete der Photographie. Photomaton schafft völlig neue Gesetze für die photographische Aufnahme. Photomaton ist eine der genialsten Erfindungen der Gegenwart, eine fast menschliche Maschine, die in

20 Sekunden 8 verschiedene Photos für M. 1-

von Ihnen macht und sie in 7 Minuten fix und fertig an Sie abliefern! Von diesen 8 Photos können Sie dann die beste Aufnahme auswählen und gleich im Laden Vergrößerungen davon bestellen. Diese Vergrößerungen sind

künstlerische Portraits allerersten Ranges

die im Vergleich mit den Preisen anderer photographischer Ateliers nur einen Bruchteil dieser Preise kosten, nämlich — je nach Größe —

M. 2.50 oder 3.50 das Stück

Dieser billige Preis macht das künstlerische Portrait nicht mehr zum Privileg der besitzenden Klasse. Photomaton-Portraits, in Sekunden gemacht, sind nicht in langwierigen, ermüdenden Sitzungen „gestellt“ sondern **ungezwungen, natürlich, lebenswahr.**

Photomaton bietet Ihnen die Möglichkeit, sich selbst in jeder gewünschten Stellung aufzunehmen. Sie können Ihre Eignung zum Film prüfen, Sie können Ihre komische Ader entdecken, Sie können ernst oder heiter sein, entsprechend dem Zwecke, zu dem Sie die Bilder brauchen. Sie können für ein paar Mark Geschenke für Ihre Angehörigen erhalten, für die Sie sonst hunderte bezahlen müßten.

PHOTOMATON POTSDAMER PLATZ / PHOTOMATON FRIEDRICHSTR. 180
HERMANN TIETZ
LEIPZIGER STRASSE BELLE-ALLIANCE-PLATZ FRANKFURTER ALLEE
WILMERSDORFER STRASSE CHAUSSEESTRASSE KOTTBUSER DAMM
ALEXANDERPLATZ BRUNNENSTR. GROSSE FRANKFURTER STRASSE
KAUFHAUS DES WESTENS
WARENHAUS H. JOSEPH & CO., NEUKÖLLN, BERLINER STRASSE





